Nr. 196. 14. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1897 unter Nr. 7497. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Dienstag, den 24. August 1897. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Die kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890.

Hätte man uns vor Monatsfrist gefragt, ob noch jemand im Deutschen Reiche ernstlich die Durchführung der kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890 ins Auge faßt, so hätten wir spöttisch den Kopf geschüttelt. Wir hätten gesagt, die Gedanken dieser Politik sind von ihren früheren staatsmännischen, parlamentarischen und publizistischen Vertretern vergessen oder verrathen worden. Die Berufung auf diese Aktenstücke, die nie mehr waren als Aktenstücke, sei ein abgenutzter agitatorischer Kniff des kleinen versprengten Häufleins bürgerlicher Sozialpolitiker geworden, die noch überdies durch Zugehörigkeit zu verschiedenen Konfessionen und politischen Parteien wenig zu imponiren vermögen.

Die Sozialdemokratie, die das Betheuern monarchischer Gesinnung Vernunfts-, Erziehungs- und Berufsmonarchisten überläßt, kann, so sehr sie den Stillstand der Sozialreform im Interesse des ausgebeuteten Proletariats bedauert, vom politischen Gesichtspunkte aus mit der Entwickelung der Dinge seit dem 4. Februar 1890 recht zufrieden sein.

Das wissen die erbittertsten Gegner jeder Sozialreform, das ebenso kurzsichtig-bornirte wie kleinlich egoistische Großunternehmerthum vom Schlage Stumm's nur zu gut, sie fühlen den Widerspruch ihrer Betheuerungen hingebungsvollster monarchischer Gesinnung und ihres systematischen Kampfes gegen das kleinste fußbreite Vorrücken der Sozialreform. Besonders unangenehm muß dies den Wortführern dieser Richtung sein, weil sie in einer gerade für wirkliche Monarchisten überaus peinlichen Art unkontrollirbare angebliche Aeußerungen, Telegramme 2c. des Monarchen im Interesse ihrer ganz speziellen Großunternehmer-Interessen zu gebrauchen suchen. So konnte den Vertretern des Fabrikfeudalismus nicht leicht etwas unbequemeres passiren, als die Thatsache, daß sich eine Gesellschaft zusammengefunden hat, die für die Durchführung des in den feierlichen kaiserlichen Erlassen vom 4. Februar 1890 festgelegten sozialpolitischen Programmes zu wirken bereit ist. Wer im journalistischen Dienste des sich treu monarchisch gebenden rheinisch-westfälischen Großunternehmerthums steht und da jeden Befürworter sozialpolitischer Maßregeln am liebsten mit den Vertretern der Propaganda der That in einen Topf werfen möchte, wer als Wortführer dieser Richtung den so sanftmüthigen und bis in die Knochen gouvernementalen Schmoller in öffentlicher Parlamentssitzung als gefährlicher für die heutige Ordnung erklärt, wie Bebel, all' denen muß es höchst unwillkommen sein, wenn eine Gruppe von Männern gerade innerhalb des Rahmens der vom regierenden Monarchen erlassenen Botschaften für soziale Reformen praktisch wirken will. Und wenn dies nicht irgend welche Hungerleider, Schriftsteller, Privatdozenten, Pastoren und dergleichen Volk, sondern leibhaftige Exzellenzen und schwere Millionäre sind, so ist dies doppelt peinlich. Der unangenehme Eindruck, den das Hervortreten dieser neuen Organisation auf die patentirten Verkünder und Ausleger der jüngsten kaiserlichen Aeußerungen macht, kann garnicht verstärkt werden durch die Leistungen dieser neuen Gesellschaft. Ihre Bildung und Zusammensetzung ist das bitterste für die um Stumm. Da ist der vom Kaiser speziell für Durchführung der kaiserlichen Erlasse nach Berlin berufene Schwiegersohn des reichsten preußischen Bergwerksbesitzers, der Staatsminister Freiherr v. Berlepsch an der Spitze der Gesellschaft; ihm zur Seite steht der Schwiegersohn eines vielfachen Dollars-Millionärs, Herr v. Rottenburg, früher der speziellste Vertrauensmann des ersten Reichskanzlers und als solcher Chef der Reichskanzlei, der Mann, der nachher an die Spitze der nun im Entschlafen begriffenen Reichskommission für Arbeiterstatistik gestellt wurde; dann Leute, die, so man von den reichsten Männern des Deutschen Reiches spricht, mit den Stumm und Krupp zugleich genannt werden, wie der klerikale Brandt und der nationalliberale Siegle, Leute, die in ihren Parteien sich der größten Sympathien und eines sehr bedeutenden Einflusses seit langem erfreuen; Vertreter erster deutscher Buchhändlerfirmen und andere Personen, die sicherlich ebenso himmelweit wie die genannten von einer theoretischen Erörterung der Aufhebung des Privateigenthums an den Produktionsmitteln entfernt sind, treten zusammen, um für die Ausführung des in den Erlassen vom 4. Februar 1890 klar niedergelegten Programms einzutreten, um sich Aufgaben zu widmen, die von Reichskanzler, Staatssekretären, Ministern und den bekannten Vertrauensleuten des Monarchen seit langem vernachlässigt wurden und werden.

Wie unangenehm diese Thatsachen von der Umgebung des Schloßherrn vom Halberg empfunden werden, ersieht man deutlich aus dem folgenden Meisterstücke von Sophistik, das sich die „vom Freiherrn v. Stumm subventionirte" „Deutsche Volkswirthschaftliche Korrespondenz" leistet:

„Ein Konsortium, an dessen Spitze der verflossene Minister für Handel und Gewerbe Freiherr v. Berlepsch und der als Unterstaatssekretär ebenfalls außer, aber als Universitätskurator noch im Dienst befindliche Herr v. Rottenburg stehen, hat eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung gebildet und die „Soziale Praxis" übernommen und will sie in den Dienst der „Fortführung der Sozialreform auf grund der kaiserlichen Erlasse von 1890" stellen. Als Redakteur wird Dr. Francke fungiren, der bisher den „Hamburger Korrespondenten" zu einem Tummelplatz aller möglichen und unmöglichen Schrullen in solchem Grade gemacht hat, daß sich nicht nur die Hamburger, sondern auch andere Leute oft genug gefragt haben, wie diese Haltung des „Korrespondenten" mit den Ansichten und Interessen der gerade in Hamburg maßgebenden Kreise zu vereinbaren wäre. Wenn von Sozialpolitik auf grund kaiserlicher Erlasse die Rede ist, so denkt zunächst jeder an den November-Erlaß Kaiser Wilhelm I. von 1881 und allenfalls noch an die mahnenden Erlasse des ersten Kaisers, die dem Reichstage ans Herz legten, endlich doch mit den sozialen Versicherungsgesetzen zu stande zu kommen, weil der greise Monarch solchen guten Abschluß noch gern erleben wollte. An jene Erlasse denken aber Herr v. Berlepsch und Herr v. Rottenburg offenbar nicht, wenigstens spricht die den Zeitungen übermittelte Reklamenotiz nur von den 1890er Februar-Erlassen, welche den Hintergrund für jene soziale Polizeimechanik hergeben mußten, durch die die Aera v. Berlepsch charakterisirt wird. Glauben nun die Herren v. Berlepsch und v. Rottenburg und einige andere, es sei ihre Aufgabe, für die Fortführung ihrer Sozialpolitik journalistisch zu wirken, und wollen Sie diesem Zweck ihr gutes Geld opfern, so läßt sich dagegen gewiß nichts einwenden."

Da dieser Erguß einer schönen Seele so deutlich für sich spricht, können wir uns auf recht wenig Randglossen beschränken.

Gleich in den ersten Zeilen findet sich eine liebliche Denunziationsblüthe gegen den noch „im Dienste befindlichen Herrn von Rottenburg". Sollte gar das monarchische Gefühl bei den Schreibknechten des Königs Stumm schon so sehr gesunken sein, daß ihnen das Eintreten für freilich siebeneinhalb Jahre alte kaiserliche Erlasse kaum genügend gesühnt erscheint mit der disziplinarischen Entsetzung aus dem Amte, mit der Peters für seine Schandthaten gebüßt wurde. Für den Tiefstand des monarchischen Gedankens bei den Handlangern der Stumm scheint freilich die verächtliche Manier zu sprechen, mit denen die sozialpolitischen Erlasse des regierenden Kaisers im Gegensatze zu denen seines Großvaters erwähnt werden. Hierfür kommt auch in betracht, daß die „Fortführung der Sozialreform auf grund der kaiserlichen Erlasse vom Jahre 1890" als die Fortführung der so despektirlich behandelten Sozialpolitik verächtlicher Leute wie Berlepsch und Rottenburg behandelt wird, obgleich doch gerade die Leute, die dies heute thun, im Frühjahre 1890 stets betonten, daß die kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar jenes Jahres das ureigenste Werk des Kaisers waren, daß sie von diesem im Gegensatze zu dem für die Politik des Reiches einzig und für die Preußens in erster Linie verantwortlichen Staatsmanne erlassen wurden. Spaßig ist es, wie die Herren, die im Landtage und im Herrenhause noch vor wenigen Wochen und in ihrer Presse noch heute dafür „unentwegt" eintreten, daß das gesammte Vereins- und Versammlungswesen in Preußen dem diskretionären Ermessen niedriger Polizei-Organe überantwortet werde, sich entrüsten „über jene soziale Polizeimechanik, durch die die Aera von Berlepsch charakterisirt wird".

Doch weit mehr als all' diese Einzelheiten enthüllt der ganze Ton in den oben wiedergegebenen Auslassungen der „Deutschen Volkswirthschaftlichen Korrespondenz" den schweren Aerger der Auftraggeber dieser Leute über die Gründung einer Gesellschaft zum Zwecke der Fortführung der Sozialreform auf grund der kaiserlichen Erlasse von 1890.

Obgleich wir mit keinem Mitgliede und keinem Förderer dieser Gesellschaft auch nur das mindeste gemein haben, und obgleich unsere Sympathien weder diesen Herren noch ihren uns viel zu wenig weit gesteckten Zielen zugewandt sind, und obwohl wir auch diesen Bestrebungen keinerlei Erfolge in Aussicht stellen können, so liegt es uns doch fern, die politische Bedeutung leugnen zu wollen, die die Bildung einer solchen Gesellschaft haben muß. Sie ist ein Protest gegen das, was von den Miquel, Brefeld, Thielen, Podbielski und was sonst noch zu diesen gehört, für sozialpolitisch ausgegeben wird; sie erschüttert selbst in den von Stumm geleiteten Kreisen die Autorität dieses Mannes, der meint, nicht blos das Zeug zum Fabrikpascha, sondern zum Pascha des Deutschen Reiches zu haben; sie ist endlich eine stete Mahnung an die Regierenden, daß ein offiziell anerkanntes Schuldverhältniß zwischen dem Deutschen Reiche und der deutschen Arbeiterklasse existirt, in dem die Aermsten die unbefriedigten und getäuschten Gläubiger waren und bleiben.

Politische Uebersicht.

Berlin, 23. August.

Der Präsident der französischen Republik ist in Petersburg eingetroffen. Wie wir vorausgesagt haben, wurden zu seinen Ehren im wesentlichen die gleichen begeisterten Artikel von der russischen Presse veröffentlicht und verlief der Empfang in den gleichen zeremoniellen Formen wie vor wenigen Tagen der Empfang des deutschen Kaisers. Die Bedeutung des Besuches des Herrn Faure für die franko-russischen Beziehungen kann nur zu leicht überschätzt werden, ebenso wahrscheinlich ist aber, daß die Wirkung des Besuches auf die neuere Politik des Zarenreiches unterschätzt wird. Die Thatsache, daß der freigewählte Vertreter eines sich selbst regierenden Volkes, ein Mann, der nicht einmal die bescheidenste Uniform sein eigen nennt, mit kaiserlichen Ehren empfangen wird, kann das russische Volk mit der Zeit auf Gedanken bringen, die dem Zaren höchst unangenehm an die Festtage dieser Woche erinnern würden. —

Zum internationalen Kampfe gegen den Anarchismus schreibt die „St. Petersburger Zeitung", die nicht wagen wird, anderes zu sagen, als der russischen Regierung genehm ist:

„... Man wird gewiß annehmen dürfen, daß in dem Meinungsaustausch der Herrscher (des Zaren und des deutschen Kaisers) und ihrer Rathgeber nicht unberührt geblieben ist, welche Mittel sich bieten, um den europäischen Staaten die Sicherheit zu schaffen, daß ihre höchsten Beamten und ihre Bürger nicht wehrlos dem Mordsinn eines revolutionären Desperado und seiner Genossen preisgegeben sind. In der That handelt es sich um eine Kulturaufgabe von hervorragender Bedeutung, angesichts der Thatsache, daß innerhalb weniger Jahre der Präsident der französischen Republik und der spanische Ministerpräsident solchen Attentaten zum Opfer gefallen sind, daß König Humbert das Ziel einer solchen gewesen ist und daß zahlreiche Männer, Frauen und Kinder, die den politischen Dingen ganz fern stehen, durch anarchistische Bomben zerschmettert worden sind. Es ist unmöglich, vor der Sprache, die solche Thatsachen reden, die Ohren zu verschließen; die Herrscher und Staatsmänner, die für den inneren Frieden in ihren Reichen, für die Sicherheit ihrer Staatsangehörigen verantwortlich sind, können und dürfen es nicht, und auch die Volksvertreter können und dürfen es nicht, wenn anders sie die Erhaltung gesitteter Zustände wollen. Wenn man daher, wie gesagt, annehmen darf, daß in den St. Petersburger Erörterungen auch die Frage nach den Mitteln, die hier zur Anwendung kommen können, nicht unberührt geblieben ist, so wird aber doch mit gleicher Bestimmtheit angenommen werden dürfen, daß man es dort keinen Augenblick verkannt hat, wie der zu bekämpfende Gegner zwar ein gemeinsamer ist, der Kampf selbst aber nicht auf internationalem Wege schablonenmäßig, sondern je nach den besonderen Verhältnissen des einzelnen Landes mit sehr verschiedenen Mitteln geführt werden muß. Auf internationalem Wege kann nur eine Verständigung über wirksame Ueberwachungsmaßregeln der revolutionären Elemente herbeigeführt werden. In dieser Beziehung ist in der That jeder Staat dem anderen gegenüber, gleichviel wie seine Verfassung geartet ist, zu Hilfeleistung und Unterstützung verpflichtet."

Der Wiener „Pol. Korr." wird zu dem gleichen Thema aus Madrid gemeldet:

In dortigen unterrichteten Kreisen wird bestritten, daß die spanische Regierung den anderen Mächten einen Vorschlag betreffend internationale Vereinbarungen zur Bekämpfung des Anarchismus habe zugehen lassen. Wenn man auch an den maßgebenden Stellen in Madrid eine derartige Verständigung für wünschenswerth erachten würde, so halte man es doch infolge der Ueberzeugung, daß eine solche Aktion nicht den Anschluß aller europäischen Mächte finden würde, für zwecklos, mit einer Initiative in dieser Richtung hervorzutreten.

Ganz unglaublich klingt die Nachricht der gut konservativen „Schlesischen Zeitung" aus Berlin, daß das Staatsministerium für die Ueberschwemmten in Schlesien ganze — — 500 000 M. bewilligen wolle; also die Hälfte von dem, was Berlin's Stadtvertretung allein ohne jede Debatte votirte. Dem Miquel sieht das schon ähnlich. —

Die sozialdemokratische Fraktion des sächsischen Landtages hat unterm 20. d. M. folgendes Verlangen an die sächsische Regierung gerichtet:

An
die kgl. sächsische Staatsregierung
zu Händen des Herrn Justizministers
Dr. Schurig, Ex.

Die sozialdemokratische Fraktion der 2. Ständekammer stellt an die kgl. Staatsregierung das Ersuchen

1. die Arbeiten behufs Ermittelung des durch die Ueberschwemmung am 29. Juli und der folgenden Tage verursachten Schadens möglichst zu beschleunigen;
2. eine außerordentliche Ständeversammlung behufs Bewilligung einer Staatsanleihe zur Unterstützung der vom Hochwasser Geschädigten zusammenzuberufen.

Begründung:

Das Hochwasser, welches in den letzten Tagen des Juli und anfangs August ausgedehnte Gebietstheile unseres Landes heimgesucht hat, versetzte einen bedeutenden Theil der Bevölkerung in außerordentliche Noth. Die durch private Wohlthätigkeit gesammelten Mittel reichen bei weitem nicht aus, den Nothstand abzuhelfen. Es ist Pflicht des Staates, den durch diese außerordentlichen und unverschuldeten Ereignisse ins Elend Gerathenen zu helfen. Die Größe der Noth und die große Zahl der Beschädigten erfordern Geldsummen, welche die Regierung aus den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln in ausreichendem Maße nicht zu bewilligen im stande ist. Deshalb ist die Aufnahme einer Staatsanleihe unerläßlich. Es treten demnach die Bestimmungen des § 105 der Verfassung urkundig in kraft, wonach, „wenn in außerordentlichen, dringenden Fällen schleunige finanzielle Maßregeln erfordert werden, zu welchen an sich die Zustimmung der Stände nothwendig ist, eine außerordentliche Stände-Versammlung einzuberufen ist." Aus diesen Gründen erwartet die sozialdemokratische Fraktion, daß ihrem Ersuchen stattgegeben wird.

Gohlis bei Dresden, 20. August 1897.

Hochachtungsvoll
im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion
der 2. Ständekammer.
Aug. Kaden, Mitglied der 2. Kammer.

Wir sind sehr begierig, wie sich die Regierung aus der unangenehmen Situation herausschlängeln wird. —

Die Ausgleichspolitik des Grafen Badeni ist gescheitert, bevor seine Ausgleichskonferenz nur eröffnet wurde. In Pilsen und in Asch kam es zu schweren Konflikten zwischen Czechen

und Deutschen bezw. zwischen den Polizeibehörden und den Deutschen.

Aus Pilsen wird telegraphirt:

Aus Anlaß des gestern hier gefeierten Sokolfestes fanden den ganzen Tag über Zusammenstöße zwischen Czechen und Deutschen statt. Abends nahmen die Ausschreitungen einen so bedrohlichen Charakter an, daß Infanterie und Kavallerie einschritt und dabei von der blanken Waffe Gebrauch machte. Drei Personen wurden durch Bajonettstiche schwer verwundet, eine Dame überritten und lebensgefährlich verletzt. Es erfolgten über 150 Verhaftungen.

Aus Asch liegen folgende vom Sonntag datirte Depeschen vor:

Da die Einberufer der heutigen Versammlung erklärten, den von der Behörde gestellten Bedingungen nicht entsprechen zu können, wurde die Abhaltung der Versammlungen untersagt. Im Laufe des Vormittags fanden nur vereinzelte Ansammlungen statt. Kleine Trupps begaben sich nach dem jenseits der österreichischen Grenze gelegenen Dorfe Wildenau; kehrten jedoch, da sie von den bayerischen Behörden zurückgewiesen wurden, am Nachmittag wieder zurück. Diesseits der österreichischen Grenze wurde Halt gemacht; mehrere Reden wurden gehalten. Mit Rücksicht auf das aggressive Vorgehen der Menge gegen die Beamten der Statthalterei rückte die Gendarmerie vor, ohne bisher von den Waffen Gebrauch zu machen. Ein von Eger requirirtes Bataillon Landwehr ist hierher abgegangen.

Heute Abend wurden die Fenster der Bezirkshauptmannschaft eingeschlagen. Die vor derselben angesammelte johlende Volksmenge wurde zerstreut; zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen, und der Platz sowie die anliegenden Straßen durch Militär und Gendarmerie besetzt und abgesperrt.

Ueber die Stellung der Deutschbürgerlichen zu den Ausgleichs-Verhandlungen liegt aus Prag folgende Meldung vor:

Bei der heute stattfindenden Partei-Konferenz der Deutschen Böhmens wird ein Beschluß gefaßt werden, die Wiener Konferenz nicht zu beschicken. Gleichzeitig wird eine Resolution des Inhalts beschlossen werden, bevor nicht die Sprachenverordnung aufgehoben sei, weder mit der gegenwärtigen noch mit der kommenden Regierung in Verhandlungen zu treten.

Wie die „N. Fr. Presse" mittheilt, wird der Vertreter des verfassungstreuen Großgrundbesitzes, Graf Oswald Thun, gleich zu Beginn der Ausgleichskonferenzen erklären, daß er, nachdem aus den Vorlagen der Regierung zu ersehen, daß dieselben nur im Interesse der Czechen liegen, sich an den weiteren Arbeiten nicht betheiligen werde.

Aus dem czechisch-bürgerlichen Lager wird berichtet:

Der Prager Bürgermeister sandte an den ehemaligen Chef der Pariser Patrioten-Liga telegraphische Glückwünsche zur neuerlichen Befestigung der franko-russischen Union.

Narodny Listy, das Hauptorgan der Jungczechen kündigen an, daß Graf Badeni nach der Delegationswahl, welche die Deutschen nicht hindern können, den Reichsrath sofort auflösen werde, falls sich Vorfälle wie die in den letzten Tagen wiederholen sollten. Dann werde eine Regierung gegen die Deutschen, oder besser gesagt, ohne die Deutschen erstehen, und wenn es auch dieser Regierung nicht möglich sein werde, konstitutionell zu regieren, so werde eben ohne Parlament regiert werden. Die Verfassung, sagt das sich selbst demokratisch nennende Jungczechenblatt, sei kein heiliges Sakrament, vor dem man sich beugen und das man anbeten müsse.

Ueber die Absichten der Regierung wird aus Wien noch gemeldet:

Die Regierung soll angesichts der fortgesetzten nationalen Exzesse und nachdem die Aussichten auf ein Zustandekommen der Ausgleichskonferenzen sich vermindert haben, den festen Entschluß gefaßt haben, mit den schärfsten Maßregeln vorzugehen. Eventuell soll über Böhmen der Ausnahmezustand verhängt werden. —

Der österreichisch-bulgarische Konflikt ist nach einer Erklärung des bulgarischen Ministerpräsidenten von der österreichischen Regierung für beigelegt erklärt worden. —

* * *

Deutsches Reich.

— **Die Isteinnahme an Zöllen und Verbrauchssteuern** in den ersten vier Monaten des Etatsjahres hat die Summe von 230,1 Millionen oder 1,5 Millionen weniger als im gleichen Zeitraume des Vorjahres ergeben. Die Zölle haben ein Plus von 2,3 Millionen erbracht, auch bei den übrigen Verbrauchsabgaben sind kleine Mehrerträge zu verzeichnen gewesen, die Zuckersteuer hat jedoch ein Minus von nahezu 6 Millionen aufzuweisen und demgemäß das Gesammtergebniß ungünstig beeinflußt. — Von den übrigen Einnahmen hat die Börsensteuer zwar noch einen etwas geringeren Ertrag als im gleichen Zeitraume des Vorjahres ergeben, jedoch beläuft sich das Minus jetzt nur noch auf etwas mehr als 80 000 M. Die Post- und Telegraphenverwaltung verzeichnete ein Mehr von 7,7 Millionen, die Reichs-Eisenbahn-Verwaltung ein solches von 1 Million.

— **Ueber das gegenseitige Verhältniß von Landwirthschaft und Industrie in Deutschland** veröffentlicht der Professor Lujo Brentano in den „Münchener Neuesten Nachrichten" einen sehr beachtenswerthen Artikel, in dem er beweist, daß die Zeiten, da Deutschland ein Agrarstaat war, unwiederbringlich dahin sind. Die Industriebevölkerung überragt heute der Zahl nach die landwirthschaftliche; sie liefert auch dem Lande die meisten Soldaten und die meisten Steuern.

Ueber die Steuerleistungen der Industriebevölkerung heißt es z. B.: „Lange bevor die Mehrheit der Bevölkerung von der Landwirthschaft zu Industrie und Handel überging, hatten die größeren Erträgnisse, welche diese abwarfen, die Folge, daß sie schärfer zur Steuerzahlung herangezogen wurden. In dem Maße, in dem Industrie und Handel die Mehrheit der Bevölkerung an sich zogen, wurde es selbstverständlich, daß sie auch die größere Hälfte der indirekten Steuern bezahlten, und was die direkten Steuern angeht, so hat die Steuerreform der letzten Dezennien fast in allen deutschen Ländern die Landwirthschaft so sehr auf Kosten der übrigen Erwerbszweige entlastet, daß heute die direkte Steuerlast nahezu ausschließlich von diesen getragen wird.

Ueber das Verhältniß, in dem Industrie und Landwirthschaft auseinander angewiesen sind, äußert sich „Neuland" folgendermaßen: Früher habe es richtig geheißen: „Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt." Heute habe sich das Verhältniß umgedreht. „War die Zahlungsfähigkeit der ländlichen Bevölkerung früher maßgebend für den Absatz der gewerblichen Produkte, so liegt die Zukunft unserer Landwirthschaft nunmehr in der Zahlungsfähigkeit unserer industriellen Arbeiterbevölkerung, in der Entwickelung ihrer Bedürfnisse, in der damit Hand in Hand gehenden Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit, die sie in Stand setzt, diesen steigenden Bedürfnissen zu genügen, und in der Anpassung der landwirthschaftlichen Produktion an die gesteigerten Bedürfnisse der gewerblichen Arbeiterklasse. — Das Interesse der Landwirthschaft erscheint unter diesen veränderten Verhältnissen somit unmittelbar als ein zweifaches. Sie hat 1. das Interesse, daß in unmittelbarer Nähe der landwirthschaftlichen Produktion möglichst viele industrielle Zentren entstehen, an die sie Fleisch und andere landwirthschaftliche Produkte, bezüglich deren sie der Konkurrenz von Außen gar nicht oder weniger ausgesetzt ist, absetzen kann. Nichts kann vom Standpunkte der Landwirthschaft thörichter sein als die in agrarischen Kreisen vielfach noch heute so verbreitete Abneigung gegen neue gewerbliche Ansiedelungen. Weit entfernt, daß sie dem landwirthschaftlichen Interesse abträglich wären, beruht angesichts der Lage des Weltmarktes auf ihrer Vermehrung vielmehr die Zukunft der deutschen Landwirthschaft. Die Landwirthschaft hat 2. das Interesse, daß den in den gewerblichen Betrieben beschäftigten Arbeitern hohe Löhne gezahlt werden. Die Landwirthschaft hat ein Interesse, daß den gewerblichen Arbeitern so hohe Löhne gezahlt werden, daß sie in Stand gesetzt werden, an stelle des verhältnißmäßig noch so wenig entwickelten deutschen Fleischkonsums der deutschen Arbeiterbevölkerung eine stetige und wachsende Nachfrage nach Fleisch zu entwickeln, so daß die Landwirthschaft in einem Massenabsatze animalischer Produkte Ersatz finden kann für ihren durch die Lage des Weltmarktes verminderten Absatz an Cerealien. Sie hat ein Interesse daran, daß der Zuckerkonsum der deutschen Arbeiterbevölkerung sich auf das Maß des Konsums der amerikanischen oder wenigstens der englischen steigere, damit der deutsche Rübenbau in einem gesteigerten Zuckerkonsum der Massen Ersatz finde für den Absatz deutschen Zuckers nach Amerika und England, der für die Zukunft als aufs äußerste bedroht erscheint. Sie hat ein Interesse, daß die Lage der städtischen Bevölkerung eine so blühende werde, daß diese für alle jene qualifizirten landwirthschaftlichen Produkte, bezüglich deren die deutsche Landwirthschaft einer auswärtigen Konkurrenz gar nicht oder nur unerheblich ausgesetzt ist, eine Nachfrage zu entwickeln vermag. Durch alle derartige Steigerungen des Reallohns der Arbeiterbevölkerung entsteht eine Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit und damit eine Sicherung und Steigerung des Absatzes ihrer Produkte. Durch alle derartige Steigerungen des Reallohns der gewerbtreibenden Bevölkerung entsteht der Landwirthschaft ein unentreißbarer gewinnbringender Absatzmarkt in der Nähe. — Die Voraussetzung aber, daß der gewerbtreibenden Bevölkerung dieser hohe Reallohn zu theil werden kann, ist die Sicherung und Zunahme des Absatzes ihrer Produkte nach außen. Nicht nur die Industrie, in nicht minderem Maße auch die Landwirthschaft hat also das größte Interesse an der Steigerung der Ausfuhr deutscher industrieller Produkte."

— **Deutsche Zentralstelle für die Vorbereitung von Handelsverträgen.** In einer heute hierselbst im Kaiserhof unter Vorsitz des Kommerzienraths Dr. J. F. Holtz stattgehabten Versammlung von Vertretern freier wirthschaftlicher Vereine wurde behufs Wahrung gemeinsamer wirthschaftlicher Interessen insbesondere in Fragen der Zollgesetzgebung und des Abschlusses neuer Handelsverträge die Bildung einer „Deutschen Zentralstelle für die Vorbereitung von Handelsverträgen" beschlossen. Zum provisorischen Vorsitzenden wurde Kommerzienrath Dr. J. F. Holtz gewählt und zu weiteren Vorstandsmitgliedern mit dem Rechte der Kooption folgende: Fabrikbesitzer Ernst Borsig-Berlin, Kommerzienrath Collenbasch-Dresden, Kommerzienrath v. Dreyse-Sömmerda, Geh. Kommerzienrath Goldberger-Berlin, Kommerzienrath Hermsdorf-Chemnitz, Kommerzienrath E. Jacob-Berlin, Generaldirektor Kuhlow-Halle a. S., Kommerzienrath March-Charlottenburg, Dr. Martins-Berlin, Generaldirektor Rösicke-Berlin und Kommerzienrath Wirth-Berlin.

— **Auf ihrer letzten Konferenz in Fulda** sollen sich, wie verlautbart, die preußischen Bischöfe in erster Linie mit Fragen sozialer Natur beschäftigt haben. Es soll beschlossen worden sein, an die Diözesengeistlichkeit Anweisungen ergehen zu lassen, in welcher Weise die Pfarrer ꝛc. einerseits auf Verbesserung der materiellen Lage ihrer Gemeindemitglieder, soweit es in ihrer Macht liegt, hinwirken, andererseits aber auch die sozialdemokratische Agitation bekämpfen sollen. Es dürften hierin indirekte Winke für die nächsten Reichstagswahlen enthalten sein. Besonders neu dürften diese Winke nicht sein. Ihre Ankündigung jagt uns nicht ins Bockshorn. —

— **Die Sinekure eines Domherrn am Hochstift Brandenburg** ist dem früheren Reichskanzler Grafen v. Caprivi zu teil geworden. Mit der Stelle ist bekanntlich ein Einkommen von mehreren Tausend Thalern verbunden. Dieselbe Stelle hatte bisher der verstorbene General v. Albedyll inne. Die Domherren in Brandenburg haben keine Funktionen auszuüben, die ihrem Titel entsprechen. Es sind meist hohe Beamte und Offiziere; so sind der frühere Ministerpräsident Graf Eulenburg, der Ehrenpräsident der Ober-Rechnungskammer v. Wolff und der General der Infanterie von Hahnke Mitglieder des Brandenburger Domkapitels.

Die Stimmung gegen den so plötzlich entlassenen zweiten Reichskanzler muß sich in der letzten Zeit geändert haben, sonst hätte er diese werthvolle Ehrenbezeugung nicht erhalten. Graf Caprivi war auch in der letzten Woche einige Tage in Berlin. Die Agrarier sind darüber schon recht nervös geworden, zumal gleichzeitig der ganz fürchterliche Marschall von Bieberstein gleichzeitig in Berlin zu sein gewagt hat. So wenig besorgt auch die Agrarier zu sein brauchen, so begreiflich ist es, daß sie in die Stetigkeit des Kurses des Staatsschiffes kein übergroßes Vertrauen haben. —

— **Die Schwetzer Reichstagswahl** wird für einige der Betheiligten in der am 20. September d. J. beim Landgericht Graudenz beginnenden Schwurgerichts-Periode ein ernstes Nachspiel erhalten. Wie seinerzeit von uns ausführlich berichtet, wurde bei der Rückfahrt von dieser Wahl in einem Eisenbahnabtheil IV. Klasse auf der Bahnstrecke Schwetz-Terespol der Lehrer und Botaniker Grütter von einigen Mitreisenden schwer mißhandelt und am anderen Morgen todt am Bahndamm liegend aufgefunden. Der That dringend verdächtig wurden bald darauf vier Arbeiter festgenommen, die sich auch gegenwärtig noch in Haft befinden. Die Untersuchung gegen dieselben ist nunmehr abgeschlossen. Sie werden sich nunmehr wegen Körperverletzung mit tödtlichem Ausgange vor Gericht zu verantworten haben. —

— **v. Carnap, der frühere Distriktskommissar in Opalenitza,** welcher, wie kürzlich mitgetheilt, gegenwärtig bei der Straßenbahn in Köln a. Rh. als Beamter angestellt ist, wird demnächst die Leitung einer Kreisbahn im Regierungsbezirk Düsseldorf übernehmen. — So einen Mann darf man sich auch nicht entgehen lassen. —

Dresden, 21. August. (Eig. Ber.) Ein Strafmandat von 10 M. hat der Genosse erhalten, dem in Sebnitz eine sozialdemokratische Sammelliste für die vom Hochwasser geschädigten Arbeiter weggenommen worden war. Gerichtliche Entscheidung ist natürlich beantragt worden. Bemerkt sei noch, daß nachträglich auch noch der auf der Liste gezeichnete Betrag in Höhe von 3,46 M. der Frau des Betreffenden abverlangt und von dieser auch ausgehändigt worden ist.

Auf Listen des Bundes der Landwirthe wird lustig weiter gesammelt. —

— **Zur sächsischen Landtagswahl** nahm in Meißen der Landesverband der Hausbesitzer im Königreich Sachsen Stellung. Es wurde beschlossen, von dem zu unterstützenden Kandidaten zwar zu fordern, daß derselbe das Wohl des Mittelstandes, zu dem sich auch die Hausbesitzer rechnen, gegen das Drängen von oben und von unten bestens zu wehren verspricht, dagegen wurde von der weiteren Forderung, daß der Kandidat versprechen solle, die Bildung einer Mittelstandspartei zu fördern und dieser letzteren beizutreten, Abstand genommen. Die Leitung des Verbandes und die führenden Personen sind zumeist waschechte Nationalliberale und so ist dieser Beschluß als zu gunsten der Nationalliberalen gefaßt zu betrachten. Die Nationalliberalen wiegeln ab, damit sie besseren Spielraum bei der Wahl haben. —

— **Miquel's Ruf zur Sammlung** hat nun einen Erfolg zu verzeichnen, wenn auch freilich nicht in Preußen, sondern blos in — Gotha. Von dort meldet das sozusagen freisinnige „Berliner Tageblatt" triumphirend, daß die beiden freisinnigen Parteien, Nationalliberale und Konservative übereingekommen sind, als Kandidaten für die nächsten Reichstagswahlen den Gothaer Oberbürgermeister Liebetreu aufzustellen.

Genosse Bock, der den Kreis zur vollsten Zufriedenheit der Bevölkerung vertritt, braucht selbst diese Kartellkandidatur nicht zu fürchten. Er ist schon bei den letzten Wahlen im ersten Gange gewählt worden. Er wird bei den nächsten Wahlen unzweifelhaft sofort wieder mit Mehrheit in den Reichstag entsendet werden. Dafür bürgt der Eifer und die treffliche Schulung der Gothaer Genossen, das Ergebniß der letzten Landtagswahlen und die Erfolge und die vorzügliche Haltung unserer Fraktion im Gothaer Parlamentchen.

Unser Gothaer Parteiblatt bemerkt zu dieser Meldung: „Der nächste Wahlkampf wird sich also auf dem reinen Boden des Klassenkampfes abspielen. Ein gutes Zeichen der Entwickelung und des Fortschrittes und für uns ein günstiges Feld." —

Karlsruhe i. B., 23. Aug. (Frankf. Ztg.) Die Wahlkomitees der deutschen Volkspartei und der sozialdemokratischen Partei verbreiten ein Flugblatt, in welchem die Frage beantwortet wird „Warum gehen wir bei den Landtagswahlen zusammen?" Einleitend wird darauf hingewiesen, wie die dominirende nationalliberale Partei sich mit einer das Volk auf das tiefste verletzenden Rücksichtslosigkeit über die einmüthigen Wünsche des Volkes in bezug auf das direkte geheime Wahlrecht hinweggesetzt habe. Das Flugblatt erinnert sodann an die Wahlansetzungs-Debatte der Landtage von 1893—1895, in denen die Nationalliberalen ihre Macht benutzten, um sich die Majorität zu sichern. Wieder naht die Entscheidungsschlacht; werde in dieser nicht die Macht der Nationalliberalen gebrochen, so würden nicht nur auf Jahre hinaus die Wünsche des Volkes auf eine freiheitliche Ausgestaltung der Verfassung unerfüllt bleiben, es bestehe auch die weitere Gefahr, mit einer Reihe rückschrittlicher Gesetze beglückt zu werden. —

Straßburg i. E., 22. August. (Eig. Ber.) Sie berichten heute daß der Kommandeur des 137. Infanterie-Regts., Oberst Freiherr v. Eynatten, der den Maire des nahen Städtchens Barr und dessen Gemeinde-Angehörige durch Ausdrücke wie „Schweinigel", „dreckige Kerle" ꝛc. in der unerhörtesten Weise beleidigt hatte, seinen Dienst beim Regiment wieder angetreten habe und daß damit die Skandalaffäre für denselben ohne weitere unangenehme Folgen erledigt sei. Diese Mittheilung ist thatsächlich richtig. Zu ergänzen ist dabei nur, daß derselbe Herr v. Eynatten in demselben Städtchen Barr vor einigen Tagen abermals Quartier bezogen hat, nachdem das Infanterie-Regiment 137 dahin ins Manöver ausgerückt war. Der rücksichtsvolle Herr ließ dabei allerdings die Vorsicht walten, auf der Tafel, welche das Quartier des Regimentsobersten zu bezeichnen pflegt, den Namen „v. Eynatten" zu beseitigen, so daß darauf nur noch die Bezeichnung „Kommandeur des Infanterie-Regiments 137" zu lesen ist. Diese zarte Rücksichtnahme des Herrn Obersten wird zweifellos sehr viel dazu beitragen, die erregten Gemüther der beleidigten Gemeinde zu beruhigen. — Am 24. und 25. August findet daselbst die Hauptversammlung des Deutschen Apothekervereins statt. Auf derselben wird u. a. auch der Antrag eines Kreisvereins zur Berathung gelangen, nach welchem der Deutsche Apothekerverein mit Rücksicht auf die im preußischen Apothekerrath zur Erörterung stehende Frage der Zulassung von Frauen zum Apothekerberuf erklären soll, daß den Frauen der Zutritt zum Apothekerfach zu gestatten ist, sofern sie die gesetzlich vorgeschriebene wissenschaftliche Vorbildung besitzen und im einzelnen Falle auch körperlich befähigt erscheinen. —

— **Zum Scheitern der Expedition des Dr. Peters** theilt nun die „Bonner Ztg." mit:

Die deutsche Finanzkraft, die die Peters'sche Expedition nach Afrika finanziren wollte, war Geheimrath Krupp in Essen. Zwischen diesem, Dr. Peters und dem Engländer Dr. Swift wurde ein Kontrakt vereinbart. Krupp erklärte sich bereit, zu dem Unternehmen 500 000 M. herzugeben. Nachdem aber der Prozeß gegen Peters vor dem Disziplinarhof die bekannte für Peters ungünstige Wendung genommen hatte, und gleichzeitig zwischen den beiden Führern des Unternehmens, Dr. Swift und Dr. Peters, Streitigkeiten ausgebrochen waren, erklärte Krupp den Kontrakt für gelöst und zog die Zusage, 500 000 M. zu zahlen, zurück. —

Frankreich.

— **Prinzenduell und Prätendententhum.** Im „Intransigeant giebt Henri Rochefort seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß ein d'Orléans nichts umsonst thut und daß die monarchistischen Blätter das Duell des Prinzen Henri als willkommenen Vorwand benutzen werden, um dessen Kandidatur für die Deputirtenwahlen von 1898 aufzustellen. So hat die Familie den jungen Lebemann auf Reisen schicken müssen, spottet der Chefredakteur des „Intransigeant", damit dieser Sprößling der jüngeren Linie in einigen Monaten Vertreter von Paris werde. Denn das sei unzweifelhaft, daß irgend ein Reaktionär der Hauptstadt dem Prinzen seinen Sitz abtreten wird. Was wird dann aber aus dem anderen Vetter, dem Duc d'Orléans, Oberhaupt des Hauses Frankreich und Erben einer Krone, die sein Verwandter ihm, Lilie um Lilie, wegreißt? Sind doch die Royalisten so dumm, daß, wenn man ihnen nur einen Kopf zum Krönen giebt, sie sich damit zufrieden geben, unbekümmert darum, wem er gehört. —

Norwegen.

— **Durch die Neuwahlen** ist bisher die Wiederwahl des demokratischen Odelsthings- (Unterhaus) Präsidenten im äußersten Norden des Landes gesichert worden. Die Neuwahlen haben am 14. d. M. begonnen und werden bis in den November hinein fortdauern. Die Ursache dieser langen Ausdehnung liegt an den verschiedenen klimatischen Verhältnissen des weitausgestreckten Landes, in dessen nördlichstem Theile Wahlhandlungen überhaupt nur im Hochsommer möglich sind, während um diese Zeit das Landvolk im Süden mit der Ernte beschäftigt ist und erst nach deren Beendigung wählen kann. —

Italien.

— **Ueber das Prinzenduell** äußert sich „L'Osservatore Romano", das Sprachrohr des Vatikans, folgendermaßen:

„Dieses Duell ist eine skandalöse Beleidigung der göttlichen Gesetze, eine cynische Vergewaltigung der Gesetze des Landes, eine kindische Vertheidigung gegen die Anklagen des Prinzen d'Orleans, an die ja doch ein jeder nach wie vor glauben kann. Es ist ferner eine Verletzung der militärischen Disziplin, ein schlechtes Beispiel für die ganze Armee, eine Anfachung des Hasses zwischen den beiden Schwesternationen." —

Spanien.

Madrid, 22. August. Einem amtlichen Telegramme aus Manila zufolge griff der Häuptling Aguinaldo San Rafael an, wurde jedoch mit beträchtlichen Verlusten zurückgeschlagen. In mehreren Zusammenstößen hatten die Spanier 5 Todte und 24 Verwundete, die Aufständischen 87 Todte. In den Hospitälern befinden sich 8149 Kranke. —

— „La barbarie gubernemental en Espana" (Regierungs-Barbarei in Spanien), ist der Titel einer Schrift von 204 Seiten, die in der Druckerei von El Despertar in Brooklyn-New-York erschienen ist und die aktenmäßige Darstellung des Anarchistenprozesses von Barcelona und der Folterung der Gefangenen auf Montjuich bringt. Einem Auszuge aus dieser Schrift, den wir in der „Frankf. Ztg." finden, entnehmen wir das folgende: „Infolge des Attentats vom 7. Juni 1896 sind bekanntlich gegen 400 Verdächtige in Gewahrsam gebracht worden, von denen man indessen bald eine Anzahl wieder auf freien Fuß setzen mußte. Die übrigen stellte man vor ein Militärgericht. Da sie freiwillig nichts wesentliches aussagten, suchte man sie durch Folterqualen, die an die Greuelthaten eines Torquemada erinnern, zu zwingen, ein Geständniß abzulegen. Die einen ließ man Stunden, ja Tage lang, ohne ihnen Nahrung zu reichen, unaufhörlich in ihrem Gefängnisse umgehen und den Schlaf so lange entbehren, bis sie besinnungslos zusammenbrachen. Anderen gab man mehrere Tage nichts als gesalzenen Stockfisch zu essen und versagte dann den vom Durst Gequälten jeglichen Trunk. Einigen trieb man hölzerne oder eiserne Stiftchen zwischen Fingernägel und Fleisch oder riß ihnen die Nägel überhaupt ab. Mit Vorliebe wandte man ein Marterinstrument an, mit Hilfe dessen den Aermsten die Lippen auseinandergerissen, das Gesicht fast bis zur Unkenntlichkeit entstellt und der Schädel selbst in einer Weise zusammengepreßt wurde, daß den Gemarterten Hören und Sehen verging u. dgl. m. Daß Luis Más infolge dieser Prozedur den Verstand verloren hat, ist so

gut wie erwiesen. Schließlich brachte man Ascheri und zwei seiner Gefährten so weit, daß sie erklärten, die Bombe geworfen zu haben, und daß sie auch noch eine Reihe von Mitschuldigen nannten, von denen sie einige überhaupt noch nicht gesehen hatten. Die auf so brutale Weise erpreßten Aussagen der Gefolterten, die diese in Augenblicken heroischer Selbstbeherrschung vor Gericht widerriefen — Ascheri auch in einem ergreifenden Abschiedsbriefe an seine Mutter — bilden die Grundlage des gerichtlichen Verfahrens gegen die Unglücklichen. Vergebens protestirten diese gegen die niederträchtige Behandlung von Seiten ihrer Peiniger, unter denen sich namentlich der Richter Marzo und der Lieutenant Portas durch unbeschreibliche Gefühllosigkeit auszeichneten.

Am Schlusse des Verfahrens, während dessen sich viele der Gefangenen den Tod gewünscht hatten, der in der That mehrere von ihren Qualen befreite, beantragte der öffentliche Ankläger für 28 die Todesstrafe, für die übrigen Zuchthausstrafen bis zu 20 Jahren. Dem Antrage wurde jedoch nicht entsprochen, die Akten vielmehr nach einander verschiedenen Instanzen überwiesen, bis schließlich nach mannigfachen Wandlungen im Urtheil 5 Angeklagte zum Tode, 20 ihrer Gefährten zu Zuchthaus- und Kerkerstrafen verurtheilt, 68 freigesprochen, aber des Landes verwiesen wurden. Anfangs wollte man sie nach Rio de Oro, einem von Fiebern heimgesuchten Landstriche an der Nordküste von Afrika deportiren, und zwar auf grund eines Gesetzes, das erst nach der Katastrophe in der Calle de Cambios Nuevos und unter dem Eindrucke desselben geschaffen war. Aber hiergegen erhob sich, namentlich in Frankreich und England, ein so allgemeiner Sturm des Unwillens, daß man sich schließlich damit begnügte, die Freigelassenen bis an die Grenze des spanischen Königreichs zu befördern. Freunde einer gesetzmäßigen Handhabung der Justiz haben nun den Hergang des Prozesses in der oben erwähnten sehr beachtenswerthen Schrift nach den Aussagen der Gefangenen und den verbürgten Mittheilungen, die an die ausländische Presse gelangt sind (der spanischen war bekanntlich Schweigen auferlegt) dargestellt und so ein Material geliefert, das allem Anschein nach auf Zuverlässigkeit unbedingten Anspruch machen kann. Vielleicht sind hier und da unter dem unmittelbaren Eindruck des schrecklichen Verfahrens Uebertreibungen mit unterlaufen, in den wesentlichen Punkten stimmen aber alle Mittheilungen überein, und danach ist sicher eine ganze Anzahl von Unschuldigen hingerichtet und ein krasser Justizmord begangen worden.

In diesem Sinne spricht sich auch die in Lissabon erscheinende Zeitung „O Seculo" aus. Diese läßt sich aus Paris berichten, daß der wahre Attentäter, ein Franzose aus der Nähe von Bordeaux, jetzt in London wohne und auf dem Wege dahin in Paris mit Drumont, dem Direktor der „Libre Parole", eine lange Unterredung gehabt habe, derzufolge von den Verurtheilten keiner an dem Verbrechen betheiligt gewesen sei! Das ganze Gerichtsverfahren wirft ein ungemein trübes Licht auf die spanischen Verhältnisse; denn traurig muß es um einen Staat bestellt sein, dessen Regierung in so unerhörter, jeglicher gesetzlicher Grundlage entbehrender Weise gegen wehrlose Gefangenen vorgeht. Mit solchen Gewaltthaten wird man den Anarchismus schwerlich aus dem Wege räumen. —

— Die Carlisten scheinen ihre Zeit für gekommen zu halten. Aus Valencia wird gemeldet, daß in Chelva eine bedenkliche carlistische Agitation herrsche. Es finden, unter den Augen der Regierung, große Versammlungen statt, so daß der Gouverneur und der Generalkommandant sich veranlaßt sahen, scharfe Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen und die Truppen „kriegsbereit" zu halten. Es heißt sogar, die Carlisten hätten 10 000 Gewehre und die dazu gehörigen Patronen in Chelva eingeführt, und dieses Gerücht scheint nicht ganz unbegründet zu sein, da die Regierung sich nicht einmal zu einem Dementi aufschwingen kann. Chelva liegt in der Provinz Valencia, die von den carlistischen Bewegungen früher nie ernstlich berührt war. —

Rußland.

— Für die russischen Zustände bezeichnend ist eine Meldung aus Warschau, wonach laut einer Verfügung des Ober-Polizeimeisters Greffer am Tage des Einzuges des russischen Kaiserpaares sämmtliche Fenster und Hausthore an den Feststraßen geschlossen sein müssen. —

Türkei.

Konstantinopel, 21. August. Bei einer gestern Abend vorgenommenen Haussuchung in Pera entdeckte die Polizei zwei Bomben. Zwei Armenier wurden verhaftet; dieselben gestanden (vor oder nach der Folterung?) ein, der Trochakgruppe (einer revolutionären Vereinigung der Armenier, die ihren Sitz im Auslande hat) anzugehören. —

Konstantinopel, 22. August. Heute wurde in allen armenischen Kirchen ein Hirtenbrief des Patriarchen verlesen, in welchem die letzten Attentate streng verurtheilt und die Armenier zur Ruhe ermahnt werden. —

Konstantinopel, 28. August. 22 Mohamedaner, welche wegen Theilnahme an den letzten Unruhen in Tokat von der Untersuchungskommission zum Tode verurtheilt worden waren, wurden durch ein Irade zu lebenslänglichem Kerker begnadigt. Die Verurtheilung von 44 anderen Angeklagten zu verschiedenen Freiheitsstrafen wurde bestätigt. Die Mehrzahl der Sträflinge wird in Tripolis internirt werden. —

Asien.

— **Aus Indien** endlich eine für die Engländer beruhigende Nachricht! Nach einer Meldung der „Times" aus Simla vom 20. d. M. ist während der letzten Woche in ganz Indien, mit Ausnahme der Distrikte von Bombay und Deccan, reichlicher Regen niedergegangen. Die Ernte verspricht eine ausnahmsweis reichliche zu werden. —

Afrika.

Prätoria, 21. August. Der Volksraad der Südafrikanischen (Transvaal) Republik beschloß einstimmig, über einen Antrag zu berathen, welcher die Regierung der Südafrikanischen Republik auffordert, über die jüngsten Erklärungen Chamberlain's im englischen Parlamente Auskunft zu geben. Mehrere einflußreiche Mitglieder des Volksraad erklärten, keine auswärtige Macht habe das Recht der Suzeränität über Transvaal. —

Das „Reuter'sche Bureau" meldet hierzu vom gestrigen Tage aus Kapstadt: Die Erklärung Chamberlain's in der Sitzung des englischen Unterhauses am 4. d. M., daß der Vorschlag, Streitigkeiten zwischen dem Suzerän und dem untergeordneten Staate dem Schiedsspruche einer fremden Macht zu unterbreiten, ohne Beispiel dastehe, bildete den Gegenstand einer erregten Debatte im Volksraad. Der Präsident Wolmarans verneinte das Bestehen irgend eines Suzeränetätsverhältnisses. Diese Erklärung veranlaßte in anbetracht der Stellung (?) des Redners in Kapstadt vielfache Erörterungen. —

Internationaler Kongreß für Arbeiterschutz.

Zürich, den 22. August 1897.

Der Kongreß, der am Montag in dem großen Saale der Tonhalle seinen Anfang nimmt, wird von über 500 Delegirten und Gästen besucht sein. Zu bemerken ist dabei, daß die Gäste das Recht haben, in die Diskussion einzugreifen und Anträge zu stellen, aber kein Stimmrecht besitzen. Heute ist die Mehrzahl der Delegirten bereits eingetroffen, nur die Franzosen, Engländer und Belgier werden erst mit den Abendzügen ankommen. Unsere Genossen werden unter den Delegirten etwa 2/3 Majorität haben. Wer von Vertretern der bürgerlichen Parteien zum Kongreß gekommen ist, wird sich erst morgen übersehen lassen. Ziemlich stark werden die Klerikalen vertreten sein, sehr schwach die Nationalsozialen.

Die sozialdemokratischen Delegirten und Gäste traten bereits heute Mittag in der „Eintracht" zu einer Vorbesprechung zusammen, die von Liebknecht einberufen war, eröffnet und geleitet wurde. Die Deutschen, Oesterreicher, Schweizer, Polen und Russen waren fast vollzählig erschienen. Bebel, Grillenberger und Molkenbuhr repräsentirten im Verein mit Liebknecht die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, Vollmar vertritt die Sozialdemokraten des bayerischen Landtags, Kloß-Stuttgart die deutschen Holzarbeiter Dr. Quarck die Gewerkschaften von Frankfurt a. M. Klara Zetkin die deutschen Arbeiterinnenvereine. Unter den Gästen waren Dr. Heinrich Braun, Frau Lili Braun, Frau v. Vollmar und Frau Daszynska anwesend. Dr. Victor Adler, Engelbert Pernerstorffer und Nemec hat die österreichische Partei entsendet, außerdem sind noch zahlreiche Vertreter der österreichischen Gewerkschaften erschienen. Der Pole Daszynski repräsentirt die Fraktion des österreichischen Reichsrathes. Von den Schweizern sahen wir Greulich, Jean Sigg, Brandt, Bürkli, Witt. Die russischen Arbeiter vertreten Axelrod, Kalzow und Plechanow, Schweden der Abg. Branting. Von den Engländern bemerken wir Belfort-Bax.

Liebknecht sagt in seiner kurzen einleitenden Ansprache, daß er von den schweizer Genossen zur Einberufung dieser Vorversammlung aufgefordert worden sei. Es sei selbstverständlich, daß bei einem Kongresse, auf dem alle Parteien vertreten seien, jede Partei eine Vorbesprechung halten müsse. Es sei nothwendig, sich über die Geschäftsordnung und andere vorbereitende Aeußerlichkeiten zu verständigen.

Greulich-Zürich theilt als Sektretär des Organisationskomitees die Geschäftsordnung mit. Es sollen folgende Gegenstände zur Berathung stehen: 1. Sonntagsarbeit. 2. Arbeit der Kinder und jungen Leute. 3. Arbeit der Frauen. 4. Arbeit erwachsener Männer. 5. Nachtarbeit und Arbeit in gesundheitsgefährlichen Betrieben. 6. Mittel und Wege zur Verwirklichung des Arbeiterschutzes. 7. Internationales Amt für Arbeiterschutz. Die erste Frage sei nun die, ob die Delegirten mit dieser Tagesordnung einverstanden seien. Während alle anderen Gegenstände noch in Nationen vorberathen werden sollen, habe das Organisationskomitee geglaubt, den ersten Punkt „Sonntagsarbeit" ohne Vorberathung zur Erörterung stellen zu können. An der Berathung in den Sektionen könne jeder Delegirte oder Gast theilnehmen. Die zweite Frage sei die der Bildung des Bureaus. Das Organisationskomitee habe den Kantonsrath Heinrich Scherrer-St. Gallen zum Präsidenten und die Nationalräthe C. Decurtins-Trums und Th. Sourbeck-Bern als Vizepräsidenten vorgeschlagen, und er, Redner, halte den Vorschlag für durchaus akzeptabel. Er schlage vor, auf die sogenannten Ehrenpräsidenten ganz zu verzichten, denn es müßte sonst nicht nur jede Nation, sondern noch jede Parteirichtung innerhalb der einzelnen Nation berücksichtigt werden, was kaum möglich sein werde. Die schweizerischen Katholiken wollten auch auf das „Brimborium" der Ehrenpräsidenten verzichten. Die dritte Frage sei die, ob die Geschäftsordnung gutgeheißen werde.

Bebel ist mit der Tagesordnung einverstanden, er bittet die Versammelten nur eine Kommission zu wählen, die sich über die Anträge, die zum 1. Punkt der Tagesordnung gestellt werden sollen, verständigt. Die Resolution, welche der Referent zur Sonntagsarbeit gestellt habe, müsse z. B. schon modifizirt werden.

Dr. Quarck-Frankfurt empfiehlt, die Gewerbe-Inspektion als besonderen Punkt der Tagesordnung zu behandeln, erklärt sich aber auf eine Bemerkung Dr. Adler's hin damit einverstanden, daß diese Frage gelegentlich der Verhandlung über den 6. Punkt der Tagesordnung mitbesprochen werde.

Die Versammlung beschließt im Sinne Greulich's und Bebel's und akzeptirt das vom Organisationskomitee vorgeschlagene dauernde Präsidium. Ferner wird auf Vorschlag Bebel's beschlossen, daß bei jeder Abstimmung das Präsidium Stimmenzähler zu ernennen hat.

Dr. Adler-Wien wirft die Frage auf, ob es möglich sein wird, da nach der Geschäftsordnung alle Anträge in den Sektionen vorberathen werden sollen, einen Antrag zur Abstimmung zu bringen, die um den Achtstundentag kämpfenden englischen Maschinenbauer in einer Resolution zu begrüßen. Ein solcher Antrag sei nothwendig, um den Kongreß einen bestimmten Typus zu geben.

Greulich erwidert, in der Geschäftsordnung sei nur von Anträgen die Rede, die mit der Tagesordnung in Zusammenhang stünden. Wegen anderer Anträge müsse sich der Antragsteller mit dem Präsidium ins Einvernehmen setzen und er zweifle nicht, daß das Präsidium auf derartige Anträge eingehen würde. Eine beim Genossen Adler ja selbstverständliche Voraussetzung sei, daß solche Anträge taktvoll gehalten seien.

Bebel ist auch der Meinung, daß die Geschäftsordnung nur das allernothwendigste umfasse, daß im übrigen aber der Kongreß souverän sei und jeden außerhalb der Tagesordnung liegenden Antrag behandeln könne, wie er wolle.

Greulich erörtert noch die Thatsache, daß nach Köpfen abgestimmt wird. Die Sozialdemokraten würden in der Mehrheit sein, er empfehle aber den Genossen, deshalb nicht Majorisirungsgelüste bekommen, sondern den neutralen Charakter des Kongresses wahren zu wollen. Die Gegner solle man durch größte Sachlichkeit für sich zu gewinnen suchen und lieber solle man auf eine zu weitgehende Forderung verzichten, als die Minorität majorisiren. Eine längere Debatte entspinnt sich schließlich darüber, ob man dem Vorschlage des Organisationskomitees beitreten und den Beginn der Sitzung auf früh 8 Uhr beibehalten soll. Die knappe Majorität entscheidet sich nach langem Für und Wider für 8 Uhr morgens.

Nachdem die Nationen die Kommission zur Vorbereitung der Resolution für den ersten Punkt „Sonntagsarbeit" gewählt hat, erklärt Liebknecht die Sitzung für geschlossen.

Eine zeitlang mußten die Verhandlungen übrigens unterbrochen werden, weil unten auf der Straße Festmusik ertönte. Es waren die in Zürich lebenden italienischen Genossen, welche unter klingendem Spiel, mit fliegenden Bannern zum Friesenberg hinauszogen, wo sie heute ihr Waldfest feiern. Die Delegirten Turati und Enrico Ferri werden ihnen draußen die Festreden halten.

Ein anderer Berichterstatter schreibt uns:

Für den ersten Punkt der Tagesordnung: Sonntagsarbeit wurde sofort eine Kommission erwählt, die eine Resolution auszuarbeiten hat. Von deutscher Seite sind in dieselbe gewählt: Bebel, Grillenberger und Kloß.

Nach Schluß der Konferenz traten die verschiedenen Nationalitäten zusammen, um diejenigen Mitglieder zu bestimmen, die verpflichtet sind, den Sektionssitzungen beizuwohnen. Von deutscher Seite wurden gewählt: Molkenbuhr und Brinkmann für „Arbeit der Kinder und jungen Leute"; Frau Zetkin und Segitz für „Arbeit der Frauen"; Vollmar und Grillenberger für „Arbeit erwachsener Männer"; Segitz und Quarck für „Mittel und Wege zur Verwirklichung des Arbeiterschutzes"; Bebel und Quarck für „Internationales und für Arbeiterschutz". Jeder Delegirte hat aber das Recht, an den Berathungen der Sektionen theilzunehmen.

Die Franzosen sind heute noch sehr schwach; die Belgier haben sich auf der Fahrt verspätet und kommen erst Abends an.

Heute Nachmittag um 4 Uhr halten auch die Katholiken eine Konferenz, und zwar in dem Vereinslokal der katholischen Gesellenvereine.

So weit es sich jetzt überblicken läßt, scheint in uns sonst gegnerischen Kreisen eine dem Gelingen des Kongresses günstige Stimmung zu herrschen.

* * *

Zürich, 23. August. (W. T. B.) Die erste Sitzung des internationalen Arbeiterschutz-Kongresses ist heute Vormittag in dem großen Saale der neuen Tonhalle eröffnet worden. Es waren 300 Delegirte und ein zahlreiches Publikum anwesend. Der Präsident des schweizerischen Vorstandes, Heinrich Scherrer, hielt die Eröffnungsrede. Zum Präsidenten wurde Heinrich Scherrer-St. Gallen gewählt, zu Vizepräsidenten die Nationalräthe Decurtins und Sourbeck, zum Generalsekretär Greulich-Zürich.

Zürich, 23. August. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Scherrer, der Vorsitzende des schweizerischen Organisationskomitees, eröffnet den Kongreß bei Anwesenheit von 300 Theilnehmern, unter denen sich die offiziellen Vertreter der schweizerischen Regierung, der Arbeitsämter Belgiens und Frankreichs befinden. Die Sozialdemokraten haben die knappe Majorität auf dem Kongresse. Vor der Tagesordnung beantragte Viktor Adler, einer der Vertreter der österreichischen Sozialdemokratie, daß der Kongreß den im Kampf um den Achtstundentag ringenden englischen Maschinenbauern als den besten Vorkämpfer für den Arbeiterschutz seine volle Sympathie für ihre gegenwärtige Bewegung ausspreche. Gegen zwei klerikale Stimmen wurde der Antrag angenommen.

Der Professor der Theologie an der katholischen Universität Freiburg in der Schweiz, Dr. Beck, hielt hierauf ein entschiedenes Referat zu gunsten der Sonntagsruhe. Hierauf beantragte Pernerstorfer eine schärfere Aeußerung der Resolution, welchem Wunsche der Referent Beck entgegennahm, worauf die Resolution in der neuen Fassung fast einstimmige Annahme fand. An der Diskussion hatten sich sonst noch betheiligt der ehemalige Deutschkonservative Dr. Rudolf Meyer, der Freund von Rodbertus und Wagener, dann der frühere nationalliberale Reichstags-Abgeordnete und jetzt für den National-Sozialen neigende braunschweigische Landesgerichtsrath Kulemann und einer der Vertreter der englischen sozialdemokratischen Federation Quelch. Am Nachmittage verdie Kommission für den Schutz der Kinderarbeit. —

Partei-Nachrichten.

Auf der Brandenburger Parteikonferenz wird, wie die „Brandenburger Zeitung" heute mitzutheilen weiß, neben Genossen Ledebour noch ein anderer Genosse über die Frage der Betheiligung der Partei an den Landtagswahlen sprechen. Wer das Korreferat übernehmen wird, sei noch nicht bestimmt; es schweben darüber Verhandlungen.

Der deutsche Arbeiterverein „Vorwärts" in Kopenhagen macht hierdurch den reisenden Parteigenossen bekannt, daß sich sein Vereins- und Verkehrslokal vom 1. September an Kompagniestraede Nr. 21 im Restaurant Christensen befindet. Der deutsche Arbeiterverein „Vorwärts" ist der einzige deutsche Verein in Kopenhagen, der sozialdemokratische Tendenzen verfolgt. Jeden Sonnabend 9 Uhr ist im genannten Lokal Versammlung. Der „Vorwärts", „Wahre Jacob" die „Buchbinder"-, „Steinsetzer"- und „Steindrucker-Zeitung" liegen daselbst auf; ferner steht eine, die neuesten Werke der modernen Arbeiterliteratur enthaltende reichhaltige Bibliothek zur Verfügung. Gäste sind willkommen. Zugereisten Parteigenossen wird mit Rath zur Seite gestanden. Ferner wird Auskunft über Arbeitsverhältnisse ertheilt. Alle Anfragen und Sendungen sind an den 1. Vorsitzenden Paul Benther, Gothersgade 47, 1. Saal, zu richten.

Diejenigen Zentralvorstände der Gewerkschaften, die uns ihr Fachblatt noch nicht zum Auflegen im Verkehrslokal zugesandt haben, ersuchen wir dringend, dies zu thun. Es ist für die betreffenden Gewerkschaften doch gewiß nur von Nutzen, wenn die hiesigen Kollegen stets von den Vorgängen daheim in Deutschland unterrichtet werden, z. B. bei Streiks. Dem Verein ist es nicht möglich, auf alle Fachblätter zu abonniren. Die Zeitungen sind nicht mehr nach dem Café Boulanger, sondern an die oben bezeichnete Adresse zu senden. Der Vorstand.

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

— Zwei Parteigenossen aus Harburg verbreiteten eines Sonntags in Tostedt sozialistische Schriften, natürlich nicht an öffentlichen Orten und auch nicht während der Kirchzeit. Dennoch wurden die Personalien der Genossen von der Polizei notirt und die Schriften konfiszirt. Beide Genossen erhielten ein Strafmandat über 3 M. auf grund der hannöverschen Sabbathordnung. Das Schöffengericht in Tostedt hob die Strafe auf und erkannte auf kostenlose Freisprechung. Die Staatsanwaltschaft legte Berufung beim Landgericht in Stade ein, weil durch die Schriftenverbreitung mehrere Einwohner „belästigt" worden seien. Die geladenen Belastungszeugen hatten jedoch unsere beiden Genossen gar nicht gesehen, sondern nur bei einer anderen Gelegenheit und von anderen Personen Kalender bekommen, ohne sich dadurch „belästigt" gefühlt zu haben. Das Landgericht erkannte auf kostenlose Freisprechung.

— In Freising in Oberbayern wollte Reichstags-Abgeordneter Birk aus München in einer Versammlung, die mangels eines großen Lokals in einem Gastwirthschafts-Garten unter freiem Himmel tagen sollte, über das Thema sprechen: „Die allgemeine wirthschaftliche Entwicklung und die dadurch entstehenden Verhältnisse". Die Versammlung wurde jedoch vom Magistrat verboten, weil ihre Abhaltung die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährde und weil wegen der Art des Lokals es sehr schwer sei, Frauen, Kinder und Minderjährige vom Besuche der Versammlung abzuhalten.

Der diesjährige französische Bergarbeiter-Kongreß

tagte in Carmaux vom 17. bis 21. August. Es waren vertreten die Reviere Pas de Calais, Nord, Loire, Aveyron, Tarn, Allier, Isère und Gard. Die Abstimmung erfolgte wie auf dem internationalen Bergarbeiter-Kongressen, nach der Zahl der von jedem Delegirten vertretenen Arbeiter. Es wurden folgende Beschlüsse gefaßt: Achtstundenarbeit über und unter Tage, in letzterem Falle vom Zeitpunkt des Abstieges bis zum Zeitpunkt des Aufstieges gerechnet. — Die Haftpflicht der Unternehmer für Unfälle soll in allen Fällen gelten und die lebenslängliche Entschädigung 2/3 des Lohnes bei gänzlicher Arbeitsunfähigkeit und 1/3 bei theilweiser Arbeitsunfähigkeit betragen, ohne dabei je unter 600 Franks (480 Mark) jährlich sinken zu dürfen. — Für die staatlich besoldeten und von den Arbeitern gewählten Bergarbeiter-Delegirten, die mit der Sicherheitsinspektion betraut sind, wurde die Betheiligung an den Hilfs- und Altersversorgungskassen gefordert. Ferner sollen die Unternehmer an die Alterskassen 6 pCt. (4 pCt. für den Mann und 2 pCt. für die Frau) und an die Hilfskassen 4 pCt. zahlen. Schließlich soll der von den Arbeitern gewählte Verwaltungsausschuß für die Kassen berechtigt sein, die von Unternehmern vorgelegten Rechnungen zu kontrolliren, und sollen die Unregelmäßigkeiten in der Auszahlung der Hilfsgelder gesetzlich strafbar sein. Dabei hätten die Vertreter der Gewerkschaft das Recht, alle zu ihrer Kenntniß gelangten Verletzungen der Kassenstatuten zu denunziren.

Die Regierung wurde aufgefordert, erstens für die strenge Durchführung des Unfallgesetzes zu sorgen, da die Kompagnie-Aerzte vielfach die Bedeutung und die Folgen der Verletzungen absichtlich abschwächen, und zweitens einen Gesetzentwurf, betr. Einführung von Gewerbegerichten in der Bergwerksindustrie, schleunigst einzubringen. Das aktive und passive Wahlrecht wäre dabei den Angestellten, d. h. den Agenten der Kompagnie vorzuenthalten.

Der Beschluß, betr. Nationalisation der Bergwerke wurde damit begründet, daß die profitsüchtigen Unternehmer niedrige Löhne zahlen und mitunter, wenn die Dividende nicht hoch genug ist, die Bergwerke ganz schließen.

Die Deputirtenkammer wurde aufgefordert, schleunigst die vom Bergarbeiter-Abgeordneten Basly eingebrachte Vorlage über Bestrafung der Verletzungen des Koalitionsrechts zu votiren.

Auf Basly's Vorschlag erklärte sich der Kongreß für die Erhöhung des Kohlenzolls zwecks Beseitigung der Konkurrenz der ausländischen (namentlich englischen) Kohle. Der Ertrag des Zolles wäre, wie der bezügliche Gesetzentwurf Basly's bestimmt, den Altersversorgungskassen der Bergarbeiter zuzuwenden.

Der Sitz des Vorstandes der Bergarbeiter-Föderation wurde von Lens (Pas-de-Calais) nach Carmaux verlegt und zum

Generalsekretär der gemaßregelte ehemalige sozialistische Bürgermeister von Carmaux, Calvignac, gewählt.

Der nächste Kongreß wird in St. Etienne tagen. —

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Der Streik bei der Firma Rössemann u. Kühnemann ist heute beendet. Folgende Forderungen sind von der Firma bewilligt: 1. Was bisher mit 3,60 M. bezahlt wurde, wird in Zukunft ebenso bezahlt. 2. Was bisher mit 3,90 M. bezahlt wurde, wird in Zukunft mit 4 M. bezahlt. 3. Minimalpreis für Pianoplatten auf Hand beträgt 2 M. 4. Preis für Pianoplatten auf Maschine bleibt wie bisher. 5. Auf Nuthrollen, Schraubgabeln und Wangen wird ein Lohnaufschlag von 15 pCt. gewährt. 6. Die Sätze für Lohn- und Akkordkernmacher bleiben wie bisher. 7. Kerneisen werden nicht bezahlt, Scheeren werden geliefert oder bezahlt nach vorhergegangener Vereinbarung. 8. Nach der vierten Woche wird eine Krankenunterstützung aus der Strafgelderkasse gezahlt: a) Wenn der Kranke ½ Jahr bei der Firma gearbeitet hat; b) wenn die Kommission einstimmig für die Unterstützung ist; c) wenn seitens der Firma kein Widerspruch erhoben wird. 9. Akkordarbeiter werden eine Stunde vor den Lohnarbeitern gelöhnt, also um 5 bezw. 6 Uhr.

An die Maurer Berlins und Umgegend! Kollegen! Zum zweiten Mal sind die Kollegen auf der Gasanstalt Fichtestraße gezwungen gewesen, die Arbeit niederzulegen, da ihnen der Stundenlohn von 60 Pf., welcher ihnen im Streik bewilligt wurde, seit langem nicht mehr gezahlt wird. Die Arbeit führt die Firma Lauenburg aus. Arbeitgeber ist der Magistrat der Stadt Berlin. Um hierzu Stellung zu nehmen, findet am Mittwoch Abend in Sanssouci eine große Versammlung statt. Hierzu werden sämmtliche Stadtverordnete geladen werden. Außerdem stehen noch andere wichtige Punkte zur Berathung. Darum ist reger Besuch erforderlich.

Die Lohnkommission.

Von der Innung: Bund der Bau-, Maurer- und Zimmermeister zu Berlin, Kochstr. 3, werden wir mit einem Anschreiben beehrt, in welchem sie uns mittheilt, daß heute (den 21. August) ein Rundschreiben an die „in betracht kommenden Baugeschäfte" versandt wird. Dieses Rundschreiben ist dem Briefe beigelegt zur eventuellen Verwendung in unserem Blatt. „Das vorliegende Zirkular — so heißt es wörtlich weiter — ist ebenso wenig „geheim", wie das vom 20. Juli a. c.; die Kommission für den Arbeitsnachweis hat eben in dieser Sache durchaus keine Geheimnisse."

Das „geheime", nach der Innung nicht geheime Zirkular vom 20. Juli haben wir seinerzeit im Wortlaut abgedruckt. Es enthielt dieselben Redensarten von dem guten Zweck des Nachweises, der „im Interesse der Allgemeinheit" errichtet worden sei. In der gleichen Art wurde auch damals gegen die „hetzerischen Agitatoren" gezetert, die in die „persönliche Willensfreiheit arbeitsuchender Gesellen" Eingriffe zu machen versuchen ꝛc. Aus diesem Grunde können wir es uns diesmal schon versagen, den ganzen Reklamezettel für den Innungsnachweis zum Abruck zu bringen.

Verwahrung müssen wir nur dagegen einlegen, als ob die „sozialdemokratische Presse" diese „Wohlfahrtseinrichtung" unter allen Umständen schmähte, um sie bei den „Arbeitern zu diskreditiren." Wir selbst haben nur auf die Angriffe der Innung der Lohnkommission Raum gegeben zu ihrer Vertheidigung. Diese aber hat in der unzweideutigsten Weise den Herren von der Innung zu verstehen gegeben, daß sie sie durchaus nicht unter allen Umständen bekämpfen will. In den Versammlungen der Maurer sowohl als auch der Zimmerer ist nur das berechtigte Verlangen zum Ausdruck gebracht worden, daß die Arbeiter zur Verwaltung des Arbeitsnachweises mit herangezogen werden sollen. Wollen also die Meister, daß ihrem Institut von seiten der Arbeiter mehr Vertrauen entgegen gebracht werde, dann mögen sie nach dieser Richtung hin Reformen herbeiführen. Einstweilen scheint die Innung wohl selbst wenig Freude an ihrem Nachweis zu haben, sonst wäre das ewige Mahnen an die Arbeitgeber, ihn fleißig zu benützen, doch nicht nöthig.

Achtung, Korbmacher! In der Korbwaaren-Fabrik von E. Schlesinger, Neue Jakobstraße 6 (Prinzenstraße 71) haben sämmtliche Korbmacher wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist fernzuhalten.

Achtung, Bau- und Erdarbeiter! Die Verkehrslokale sind folgende: Für den Osten: Wilhelm Scheider, Gubenerplatz 1; für den Südosten: Schütz, Wrangelstraße- und Görlitzerufer-Ecke; für den Norden: Wilke, Liebenwalderstraße 43.

Verband aller im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Arbeiter. Um Irrthümer zu vermeiden, theilen wir den Kollegen mit, daß die für heute angezeigte Versammlung nicht von uns einberufen worden ist. Unsere nächste Versammlung, in der voraussichtlich Reichstags-Abgeordneter Zubeil sprechen wird, findet am Dienstag, den 7. September, in den Arminhallen statt.

Der Vorstand.

Deutsches Reich.

An die Kessel- und Schiffsschmiede Deutschlands! Seit 2. August befinden sich die Kessel- und Schiffsschmiede auf der Kockum'schen Schiffswerft und dem damit verbundenen Eisenwerke in Malmö in Schweden, an Zahl 150 Mann, im Streik, weil die Direktion die verlangten Lohnerhöhungen nicht bewilligen will. Die Kockum'sche Aktiengesellschaft, bekannt wegen ihrer niedrigen Arbeitslöhne, hat schon verschiedene für Zuckerfabriken bestimmte halbfertige Arbeiten nach Deutschland geschickt, um sie dort fertigmachen zu lassen. Es wird erwartet, daß die deutschen Kollegen, wenn sie davon Kenntniß erlangen, daß sie Arbeiten für Malmö verrichten sollen, gegen die schwedischen Fachgenossen Solidarität üben werden, obwohl es wahrscheinlich heißen wird, daß die Bestellungen direkt von den Zuckerfabriken aufgegeben wären. Näheres bei M. P. Norén, Södra Förstadsgatan 100 in Malmö, Schweden.

Der Streik der Hafenarbeiter und Seeleute in Hamburg. Darstellung der Ursachen und des Verlaufs des Streiks, sowie der Arbeits- und Lohnverhältnisse der im Hafenverkehr beschäftigten Arbeiter. Von C. Legien. Mit einer Karte des Hamburger Hafens. Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. (C. Legien, Hamburg 6.) Preis 30 Pf. — Von dieser Schrift ist die erste Auflage, die in Höhe von 10 000 Exemplaren erschien, bereits vollständig abgesetzt und nun eine zweite Auflage herausgegeben worden, die um 1 Bogen stärker ist als die erste.

In der Eisenacher Fahrzeugfabrik sind Differenzen ausgebrochen. Bis zur Regelung derselben wird um Vermeidung des Zuzugs gebeten.

Ueber den Stand des Maurerstreiks in Leipzig theilte der Leiter desselben, Beyer, in einer Maurerversammlung mit, daß 900 Maurer zu den neuen Bedingungen und 600 zu den alten arbeiten, daß 1400 abgereist sind und 670 noch im Streik stehen. Neben der strengen Fernhaltung des Zuzugs ist jetzt auch finanzielle Hilfe nöthig. Im „Vorwärts" wurde schon darauf hingewiesen, daß die Maurer Leipzigs immer eine offene Hand hatten, wenn es galt, kämpfende Arbeiter anderer Berufe zu unterstützen. Die deutsche Arbeiterschaft wird daher, daß sind wir sicher, alles was in ihren Kräften steht, thun, um den Maurern Leipzigs den Kampf zu erleichtern.

Die verhafteten Mitglieder des Streikkomitees, die Genossen Jacob, Orntz und Berthold, sind immer noch nicht freigelassen.

Ein vom Montag, den 23., datirtes Schreiben aus Leipzig theilt mit, daß die Haft der drei Mitglieder des Streikkomitee's noch immer nicht aufgehoben ist. Die Inhaftirung, so heißt es weiter, ist umso auffälliger, als Jacob und Orntz hier verheirathet sind und Berthold schwer krank ist. Daß die Polizei alles andere als die Unterdrückung des Streiks erreicht hat, dürfte daraus hervorgehen, daß die Gesammtarbeiterschaft sich jetzt der Maurerbewegung annimmt und wahrscheinlich der Streik zu einer Machtfrage aufgeworfen werden wird.

In München hat die Schuhmacher-Innung einen Lohntarif aufgestellt, der für die Gehilfen eine Verschlechterung der durch den Streik errungenen besseren Verhältnisse bedeutet. Die Gehilfen lehnten den Tarif daher ab und sollen nun durch Entlassung aus der Arbeit mürbe gemacht werden. Bis jetzt sind, wie die „Münchener Post" mittheilt, von 4 Meistern 41 Gehilfen ausgesperrt. Die auswärtigen Schuhmacher werden deshalb um strenges Vermeiden des Zuzugs ersucht.

Ausland.

12 000 Maurer und Tagelöhner in Budapest beschlossen am letzten Sonntage, in den Ausstand einzutreten, da ihre Forderungen nicht bewilligt sind.

Von der Achtstundenbewegung der englischen Maschinenbauer. In dem Schiffsbauhof von Elswick bei Newcastle wurden am Sonnabend Nachmittag 700 Maschinisten, Zimmerleute und andere Arbeiter beschäftigungslos, weil das Geschäft wegen der Lohnstreitigkeiten im Maschinenbauwesen sehr still ist.

Der englische Arbeitsmarkt hat nach den Meldungen, die das Arbeitsamt (Labour Departement) in der „Labour Gazette" veröffentlicht, im Monat Juli den gleichen guten Stand aufzuweisen gehabt, wie im vorhergehenden und ist als noch besser zu bezeichnen, als im gleichen Monat des Vorjahres. Dabei ist allerdings der gegenwärtige Kampf im Maschinengewerbe unberücksichtigt geblieben, und die nachstehenden Zahlen, soweit sie sich auf die Arbeitslosen beziehen, schließen die durch denselben in Mitleidenschaft gezogenen Arbeiter aus.

Die Zahl der Arbeitslosen betrug bei den 118 Gewerkschaften, welche für den Monat Juli Berichte an das Arbeitsamt einsandten, und die über eine Mitgliederzahl von 465 561 verfügen, 12 871 oder 2,7 pCt. gegen 3,1 pCt. im Juli 1896. Für diese Periode hatten 109 Gewerkschaften mit 427 441 Mitgliedern sich an den Erhebungen betheiligt; im Juni 1897 war der gleiche Prozentsatz der Gewerkschafter als arbeitslos gemeldet.

Neue Konflikte zwischen Kapital und Arbeit wurden gemeldet 65, bei denen 46 589 Arbeiter betheiligt waren, gegen 66 Konflikte mit 15 871 im Juni und 85 mit 19 000 im Juli 1896. 16 Konflikte betrafen das Baugewerbe, 12 die Bergbau- und Steinbruchindustrie, 9 die Maschinen- und Schiffsbau-Industrie, 4 andere Metallbranchen, 4 die Textil-, 8 die Bekleidungsindustrie, 4 das Transport- und 13 verschiedene andere Gewerbe. Von den 79 alten und neuen Konflikten mit 12 380 Arbeitern, welche im Monat Juli als beigelegt gemeldet wurden, endeten 35 mit 2429 Arbeitern erfolgreich für diese, 19 mit 4829 theilweise erfolgreich und 25 mit 5122 erfolglos.

An den Veränderungen der Lohnhöhe waren 32 200 betheiligt, die mit Ausnahme von 700 eine Lohnerhöhung erreichten; die durchschnittliche Erhöhung betrug pro Kopf und Woche 1 Schilling. Nur bei 3100 Arbeitern war die Erhöhung des Lohnes durch Streik erzwungen worden; 20 000 hatten sie erreicht unter der gleitenden Lohnskala; der Rest erhielt sie durch Vergleich, Schiedsspruch u. s. w.

Pauperismus. An einem bestimmten Tage der zweiten Woche des Juli erhielten in 35 Gemeindebezirken 315 241 Personen Armen-Unterstützung. Das macht 201 auf je 10 000 Einwohner oder 3 weniger als im Juli des Vorjahres.

Soziales.

Ueber die Zahl und die Sterblichkeit der unehelichen Kinder hat man im Königl. Preußischen Statistischen Bureau für das Jahrzehnt 1881/90 eine Zusammenstellung gemacht, die namentlich unter dem Gesichtspunkte der Beleuchtung ostelbischer Zustände recht bezeichnend zu sein scheint. Bekanntlich sind es unsere preußischen Junker und Agrarier, die unentwegt die angeblich größere Sittlichkeit der Landbevölkerung im allgemeinen und ihrer ostelbischen Provinzen im besonderen anpreisen, und die ferner nicht Worte genug des Lobes finden für die angeblich günstige wirthschaftliche und gesundheitliche Lage ihrer landwirthschaftlichen Arbeiterbevölkerung. Die folgenden Ziffern beweisen von dem allen aber das strikte Gegentheil:

Provinzen	Von 1000 Geburten waren unehelich	Im ersten Lebensjahre starben von 1000	
		ehelichen Kindern	unehelichen Kindern
Ostpreußen	106	204	369
Westpreußen	84	214	428
Stadtkreis Berlin	132	247	425
Brandenburg	105	233	367
Pommern	109	192	291
Posen	69	207	436
Schlesien	107	244	376
Sachsen	96	203	337
Schleswig-Holstein	93	139	287
Hannover	69	138	267
Westfalen	28	144	259
Hessen-Nassau	60	145	276
Rheinland	37	175	337
Hohenzollern	81	271	282
Preußischer Staat	**81,5**	**194,8**	**354,7**

Die Zahl der unehelichen Geburten ist im Sinne der offiziellen Moral der Junker doch gewiß ein Merkmal für die größere oder geringere „Unsittlichkeit". Die Zahl der unehelichen Geburten war aber am größten in den ostelbischen Provinzen, allerdings mit Ausnahme von Posen (wo die polnische Bevölkerung stark dominirt, die danach „sittlicher" zu sein scheint als die deutsche) und mit Hinzurechnung der Provinzen Sachsen und Schleswig-Holstein, die ebenfalls starke Landwirthschaft haben. Ueber dem Staatsdurchschnitt standen hinsichtlich der unehelichen Geburten: Ostpreußen, Westpreußen, Berlin, Brandenburg, Pommern, Schlesien, Sachsen und Schleswig-Holstein. Und wenn große Kindersterblichkeit ein Symptom ist für ungünstige wirthschaftliche Verhältnisse, so sind diese wiederum am ungünstigsten in Ostelbien. Die Sterblichkeit sowohl der ehelichen wie der unehelichen Kinder stand über dem Staatsdurchschnitt in Ostpreußen, Westpreußen, Berlin, Brandenburg, Posen, Schlesien und Sachsen.

Unternehmerprofite. Die Industriellen pflegen Lohnforderungen der Arbeiter mit der Begründung abzuweisen, daß die Industrie eine derartige Belastung nicht tragen könne. Trotzdem werden fortgesetzt recht ansehnliche Gewinne aus der Industrie herausgeschlagen, wie nachstehende Stichproben aus Berichten über die finanziellen Ergebnisse von Aktiengesellschaften beweisen.

Eine im Verhältniß zu anderen Unternehmungen immer noch bescheidene Höhe erreichten die Dividenden der „Braunkohlen- und Briquetfabriken „Eintracht" Berlin" mit 8½ pCt., auch die „Mechanische Treibriemen-Weberei und Seilfabrik Gustav Kunz, A. G." zu Treuen i. V. brachte nur 9 pCt. Dividende zur Vertheilung. Die Aktionäre der „Flensburger Schiffsbau-Gesellschaft" und des „Vulkan, Bremen-Vegesack" konnten schon 10 pCt. einheimsen. Der Gewinn der „Flensburger Schiffsbau-Gesellschaft" erscheint um so höher, wenn man erfährt, daß dieselbe im verflossenen Geschäftsjahr 1500 Werftarbeiter aussperrte, weshalb die Arbeit auf dieser Werft über 8 Monate fast gänzlich ruhte. Die Geschäftsleitung erklärte damals, daß sie nicht im stande sei, den ca. 350 am schlechtesten entlohnten Arbeitern den geforderten Stundenlohn von 30 Pf. zu bewilligen, was eine jährliche Mehraufgabe von 7—8000 M. erfordert hätte. Der Lohnkampf kostete den betheiligten Arbeitern 80 000 M. an Unterstützungsgeldern. Die Werft machte den Arbeitern schließlich einige Zugeständnisse, die das Ausgabenkonto der Gesellschaft um 3—4000 M. erhöhten. Jetzt hat die „Flensburger Schiffsbau-Gesellschaft" an Dividende 314 153 M. vertheilt. Rechnet man hiervon die Summe ab, die zur Erhöhung der niedrigsten Stundenlöhne auf 30 Pf. erforderlich war, so stellt sich heraus, daß die 10prozentige Dividende noch nicht um ½ pCt. vermindert worden wäre. Also wegen dieser geringfügigen Schmälerung des Profits läßt man es auf einen monatelangen Kampf mit den Arbeitern ankommen! — Ein ebenso gewinnbringendes Unternehmen ist die „Kattowitzer Aktiengesellschaft für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb", die ihren Aktionären eine Dividende von 10 pCt. in Aussicht stellt. Die „Sächsische Glasfabrik" zu Radeberg, die „Deutsche Jutespinnerei und Weberei" zu Meißen, die „Hannoversche Zentralheizungs- und Apparate-Bau-Anstalt, Hannover-Hainholz", und der „Kölner Bergwerksverein" erzielten 12 pCt. Dividende. Für den „Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation" wird die Dividende auf 10 pCt. und für die „Wissener Bergwerks- und Hüttengesellschaft" auf 12 pCt. geschätzt; letztere Gesellschaft reservirt außerdem einen beträchtlichen Theil ihres Gewinnes zu einer neuen Tiefbau-Anlage. Die „Dresdner Gardinen- und Spitzen-Manufaktur A.-G." erzielte einen Reingewinn von 211 498 M., wovon 126 000 M. als 14prozentige Dividende zur Vertheilung kommen. Recht gute Geschäfte hat auch die „Mechanische Zwirnerei Heilbronn vorm. C. Ackermann" gemacht, die bei einem Reingewinn von 478 968 M. den Aktionären eine Dividende von 15 pCt. geben konnte, während die Aktionäre der „Frankfurter Transport-, Unfall- und Glasversicherungs-A.-G. Frankfurt a. M." und der „Corona Fahrradfabrik" zu Brandenburg a. H. sogar 16 pCt. einstecken werden. Den Bergarbeitern im Zeitz-Weißenfelser Revier wurde bekanntlich, als sie kürzlich eine geringe Lohnaufbesserung verlangten, von den Grubenverwaltungen erklärt, daß eine Lohnerhöhung mit Rücksicht auf die Geschäftslage unmöglich sei. Diese „Unmöglichkeit" wird durch folgende Beispiele treffend illustrirt: An demselben Tage, wo die Erhöhung der Bergarbeiter-Löhne abgelehnt wurde, beschloß die Generalversammlung der Wreschen-Weißenfelser Braunkohlen „A.-G." die Vertheilung von 18 pCt. Dividende außer reichlichen Abschreibungen. Die „Friedensgrube" bei Meuselwitz zahlt 40 M. und die A.-G. „Glück auf" zu Kriebitsch 75 M. Dividende per Aktie, das sind 25 pCt. Ein sehr gewinnbringendes Geschäft ist auch die „Sangerhauser Aktien-Maschinenfabrik und Eisengießerei", denn sie konnte ihre Aktionäre mit der fetten Dividende von 22½ pCt. erfreuen. Am ergiebigsten aber gestaltet sich im Zeitalter des Militarismus die Herstellung von Kanonen, Flinten und sonstigen Mordwerkzeugen. Die Verwaltung der „Deutschen Gußstahlfabrik" hatte eine Dividende von 25 pCt. vorgeschlagen, die Generalversammlung beschloß aber, 30 pCt. zu vertheilen. Die „Waffenfabrik Mauser in Oberndorf" erzielte bei einem Kommanditkapital von 2 Millionen Mark einen Reingewinn von 1 727 043 M., also 86 pCt. So wandelt sich der harte Druck, den der Militarismus auf die Steuerzahler ausübt, zum reichen Segen für wenige Aktionäre. Die „Maxhütte", ein großes Eisenwerk in der Oberpfalz, konnte ihre Aktionäre mit der horrenden Dividende von 35 pCt. beglücken. Einen recht ansehnlichen Gewinn, nämlich 18 pCt., warf die „Sächsische Gußstahlfabrik" ab. Die „Aktien-Malzfabrik" zu Sangerhausen zahlte nach reichlichen Abschreibungen 15 pCt., die „Rositzer Braunkohlenwerke" 12 pCt. und die „Montangesellschaft Lothringen-Saar" 10 pCt. Dividende.

Soziale Rechtspflege.

Wegen Nichtbeachtung der gesetzlichen Kündigungsfrist war die Näherin R. von ihrer früheren Arbeitgeberin vor das Gewerbegericht zitirt worden. Die Klägerin, Modistin Krai, beanspruchte gemäß § 124b der Gewerbe-Ordnung eine Entschädigung in Höhe des ortsüblichen Tagelohnes für eine Woche. Fräulein R. rechtfertigte die plötzliche Aufgabe der Arbeit damit, daß ihr die Klägerin am Montage heftige Vorwürfe gemacht habe, weil sie Sonntags nicht zur Arbeit gekommen sei. Beleidigende Ausdrücke sind dabei nicht gefallen. Der Gerichtshof verurtheilte die beklagte Näherin, an die Klägerin 9 M. zu zahlen. Sie hätte die gesetzliche Frist inne halten müssen, da über die Lösung des Arbeitsverhältnisses nichts vereinbart sei und da in den Vorwürfen ihrer ehemaligen Arbeitgeberin ein Grund zum sofortigen Verlassen der Arbeit nicht liege.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Eisenach, 23. August. (W. T. B.) Gestern Vormittags 9 Uhr begann die Hauptversammlung des deutschen Privatbeamten-Vereins, zu welcher 119 Delegirte für ungefähr 11 000 Mitglieder erschienen waren. Der über die beiden Jahre vorgelegte Geschäftsbericht weist ein Wachsthum des Vereins und seiner Versorgungskasse auf.

Dresden, 23. August. (W. T. B.) Amtlich wird gemeldet: Vom 22. d. M. ist auf der Linie Pirna—Berggieshübel der Gesammtverkehr wider aufgenommen worden.

Vom 25. d. M. ab wird auf der Linie Hainsberg—Kipsdorf zwischen Hainsberg und Rabenau der Personen- und Güterverkehr wieder aufgenommen.

München, 23. August. (W. T. B.) Wie über den Eisenbahn-Unfall bei Freilassing amtlich bekannt gegeben wird, ist nach den vorläufigen Erhebungen der Lokomotivführer des Münchener Schnellzuges beschuldigt, zu schnell und zu unvorsichtig in die Station Freilassing eingefahren zu sein, auch die Zugbremse nicht vorschriftsmäßig bedient zu haben. Von den Schwerverletzten sind Direktionsadjunkt Beyll aus Wien und seine Gattin gestorben. Außer diesen beiden beträgt die Zahl der schwerverletzten Reisenden noch vier, die der leichtverletzten fünf. Ferner wurden vom Zugpersonal zwei Kondukteure verletzt.

Budapest, 23. August. (B. H.) Heute sind 15 000 Maurer sammt den Hilfsarbeitern in den Ausstand eingetreten. Man behauptet, daß der Streik im geheimen von den Ziegelwerksbesitzern unterstützt wird, da die letzteren wegen des jetzt beendeten Ziegelarbeiter-Ausstandes ihre Lieferungsfristen nicht einhalten können und deshalb große Konventionalstrafen zu gewärtigen haben.

Budapest, 23. August. (W. T. B.) Die Zahl der ausständigen Maurer und Tagelöhner mag sich auf etwa 20 000 belaufen. Heute kam es zwischen den Streikenden und der Polizei zu mehrfachen blutigen Zusammenstößen. Zahlreiche Personen wurden verhaftet.

Bern, 23. August. (B. H.) Auf der Berninastraße in Graubünden scheuten die Pferde eines Wagens und gingen durch. Die Insassen wurden herausgeschleudert, wobei die Gräfin Hoyos aus Wien schwere Verletzungen am Hinterkopfe erlitt.

Bern, 23. August. (B. H.) Im hinteren Feythale (Graubünden) ist ein Tourist, Namens Greitz, der mit seinem 22jährigen Sohn Edelweiß suchte, abgestürzt und todt liegen geblieben.

Storlien, 23. August. (W. T. B.) Gegenüber einem Vertreter des schwedischen Blattes „Oesterfundsposten" theilte der Chef der auf dem Dampfer „Expreß" befindlichen Expedition Dr. Lerner's, Meisenbach, mit, daß der „Expreß" nach den Anweisungen Andree's das Depot Nordenskiölds in der Mosselbay (Spitzbergen) inspizirt und in Ordnung befunden habe. Später wurde ein Proviantdepot auf der Rohinsel, der nördlichsten Insel der „Sieben Inseln", eingerichtet. Während der ganzen Reise des Dampfers „Expreß" herrschten westliche Winde, ebenso in den nächsten Tagen nach dem Aufsteigen Andree's; Meisenbach nahm deshalb an, Andree sei in Sibirien niedergegangen.

Konstantinopel, 22. August. (W. T. B.) Es verlautet, daß infolge eines Geständnisses der Bombenwerfer die Hauptmitglieder der Konstantinopeler Gruppe des armenischen Komités in ihren Versammlungen verhaftet und viele Schriftstücke beschlagnahmt seien. Die Hinrichtung der fünf Uebelthäter soll dieser Tage erfolgen. Die Vorbereitung der Anschläge soll in Varna erfolgt sein; die Pforte hat deshalb Schritte in Sofia unternommen.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Für die Opfer der Hochwasser-Katastrophen

sind uns ferner die folgenden Beiträge zugegangen:

Ges. in der Maschinenbau-Abtheilung v. C. Schöning, Uferstraße 12/13 durch Stoof 12,35. Lübbener Schweizer am Stammtisch bei O. Schneider 2,35. Staatssekretär 1,—. Gesammelt bei der Firma Ehestädt u. Robert 5,45. Personal der Buchdruckerei Liebheit u. Thiesen 7,05. Von einer amerikanischen Auktion bei Kautsch 1,50. Rothe Kaffeegesellschaft Treptow —,80. Schlosserei von O. Nachtigall 8,—. Schöneberger Lauben vis-à-vis Druckenmüller 2,50. Malerwerkstatt F. Baars, zur Geburtstagsfeier bei Brand, Uhlandstraße, Wilmersdorf 14,—. Gesellenfeier Buchdruckerei Unger 5,—. Von den Arbeitern der Buchbinderei von Hurlin 4,75. Summa 64,75.

Bereits quittirt 2386,94. Gesammtsumme 2451,69.

Weitere Beiträge nimmt unsere Expedition entgegen.

Die neue Baupolizei-Verordnung für Berlin.

I.

Eine neue Baupolizei-Verordnung für Berlin ist unter dem 15. August d. J. mit Giltigkeit vom 20. August d. J. erlassen worden. Wie die Einleitungsformel der Verordnung sagt, geschieht der Erlaß, trotzdem der Magistrat von Berlin seine Zustimmung versagt hat. Diese Zustimmung ist durch Beschluß des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und der Stadt Berlin unterm 9. August ergänzt worden.

Die Baupolizei-Verordnung gilt für den Stadtkreis Berlin. Es tritt hiermit die bisher geltende Baupolizei-Verordnung vom 15. Januar 1887 außer kraft.

Durch wenige andere Polizeimaßnahmen werden so viele und so einflußreiche Interessen berührt und theilweise verletzt, wie durch eine Baupolizei-Verordnung für eine große Stadt. Auf der einen Seite stehen die Interessen der städtischen Grundbesitzer und unter ihnen nicht zum wenigsten der Spekulanten und Spekulationsgesellschaften, die das noch nicht bebaute Land in der nächsten Umgegend des Ortes seit lange in ihre Hand gebracht haben, um daran möglich viel Geld zu verdienen.

Sie wollen in der Bebauung ihres „Eigenthums" möglichst wenig beschränkt sein, es möglichst hoch verwerthen können. Sie empfinden jeden Eingriff der Behörde in die schrankenlose Bebauungsfreiheit als einen Eingriff in ihr Eigenthumsrecht und befürchten davon eine Schmälerung ihres Verdienstes. Sie erheben also, weil ihr Profit bedroht erscheint, sofort ein großes Geschrei und bieten ihren ganzen nicht unbedeutenden Einfluß auf, um den Eingriff der Behörden ganz zu verhindern oder ihn mindestens auf das kleinste Maß zu beschränken.

Der Einfluß dieser Kreise auf die städtische Verwaltung ist um so größer, als nach unserer Städte-Ordnung den Grundbesitzern ein unverhältnißmäßig großer Einfluß in der Stadtverordneten-Versammlung gestattet ist. Aber auch über diese Kreise hinauf, weit höher hinauf reicht der Einfluß. Er wird unterstützt durch die Kurzsichtigkeit der Bauunternehmer, besonders natürlich der Innungsmitglieder der Bauhandwerke, die, wenn auch ohne stichhaltigen Grund, von jeder Beschränkung der Bebauungsfreiheit einen Rückgang der Bauthätigkeit befürchten.

Dazu kommt, daß auch die städtische Verwaltung ein Interesse daran hat, die Baubeschränkung in gewissen Grenzen zu halten. Die gute Erhaltung der Straßen und Plätze, der öffentlichen Gebäude, soweit sie der Stadt gehören, die genügende Ausbildung der die Gesundheit der Bürger schützenden Anlagen und Einrichtungen und alle städtischen Wohlfahrts-Einrichtungen lassen sich nur in genügender Art herstellen, erhalten und ergänzen, wenn die Last von einer genügenden Anzahl Bürger getragen wird, die zu dem Umfange der Stadt in einem guten Verhältniß steht. Viele dieser Lasten wachsen mit der räumlichen Ausdehnung des Ortes. Einschränkungen der Bebauungsfähigkeit der Grundstücke, die die Dichtigkeit der Bevölkerung der Stadt erheblich vermindern würden, könnten also zur Steuerüberlastung oder zur Vernachlässigung und Verwahrlosung der fürs öffentliche Wohl und die Gesundheit nothwendigen Anlagen führen.

Diesen Interessen stehen die Gefahren gegenüber, die aus dem zu engen Zusammenwohnen in ungesunden, schlecht gelüfteten, ungenügenden Raum gewährenden Wohnungen besonders für die ärmere Bevölkerung sich ergeben. Bewirken die schlechten Wohnungsverhältnisse dann Entsittlichung, Krankheiten und andere Nothstände, so wird die ganze Gemeinschaft der Bürger schwer bedroht. Es ist also ohne Zweifel ein großes öffentliches Interesse vorhanden, daß die bei uns dafür verantwortliche Polizeibehörde rechtzeitig durch Baupolizei-Verordnungen einschreitet. Es ist aber auch ganz klar, daß sie dabei jedesmal einem heftigen Kampf, einem zähen Widerstand begegnen wird, vor dem weniger energische Naturen wohl zurückschrecken könnten.

Man ist früher wirklich von seiten der Polizeibehörde diesem doch zuletzt unvermeidlichen Kampfe viel zu lange ausgewichen.

Bis zum Erlaß der Bau-Ordnung von Berlin im Jahre 1887 bestanden für Berlin, abgesehen von einigen feuerpolizeilichen Bauvorschriften keine anderen Bestimmungen, als wie für jede kleine Landstadt. Auch als Berlin im Anfange der sechziger Jahre und schon etwas früher seine Glieder zu recken und zu dehnen begann, wie ein junger Riese, nachdem es das sogenannte Köpnicker Feld mit seinen Bauten und Straßen zu bedecken begann, den Raum innerhalb der alten Stadtmauer ausfüllte und seine Polypenarme nach allen Himmelsrichtungen über diesen zu enge gewordenen Gürtel hinausschob, wo sich nicht unübersteigliche Hindernisse entgegenstellten, verblieb der Zustand der Bauwillkür in gesundheitlicher Beziehung unberührt von jedem regelnden Eingriff der Behörden.

Fünfundzwanzig Jahre zu spät begann die Polizeibehörde sich ihrer Pflicht zu erinnern, und die unter den in Berlin bestehenden Zuständen sehr langwierigen Verhandlungen zur Herstellung einer zweckmäßigen Baupolizei-Verordnung wurden eröffnet.

Der Widerstand der oben gekennzeichneten Kreise war ein wüthender und die Energie der Behörde nicht genügend vorhanden. Es dauerte also sehr lange, bis endlich die Sache durch alle hier mitwirkenden Instanzen gegangen war, und der Entwurf der Baupolizei-Verordnung fertig dem Magistrate vorlag, damit er seine Zustimmung gebe.

Er fand hier durchaus keine freundliche Aufnahme, die ja auch dem neuen Entwurf nicht geworden ist, aber zuletzt hätte sich, wie diesmal, doch das Zustandekommen der nothwendigen Verordnung nicht verhindern lassen. Da — verschwand der Entwurf mit den ganzen, ihn begleitenden Akten. Er ist, so viel wir wissen, bis heute nicht wieder aufgefunden worden.

Die ganzen langweiligen und zeitraubenden Verhandlungen mußten von vorne beginnen. Abermals wurden Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um die Behörden einzuschüchtern und von dem Erlaß der Baupolizei-Verordnung abzuschrecken. Der bekannte „Bauweister" Felisch drohte im Namen der Bauunternehmer sogar mit einem Generalstreik der Bauunternehmer, man suchte von dieser Seite die Maurer und Zimmerer aufzuhetzen und zu Kundgebungen zu veranlassen, um den unerläßlichen Eingriff der Behörden abzuwehren.

Glücklicherweise ließ sich die Behörde weder durch Bitten, noch durch Drohungen beirren. Die Baupolizei-Verordnung vom 15. Januar 1887 wurde veröffentlicht, nachdem auch damals die Zustimmung des „Gemeinde-Vorstandes" versagt und durch den Oberpräsidenten verhängt war, ganz wie diesmal. Das Geschrei und das Toben der Grundstücks-Spekulanten verstummte allmälig, man begann sich auf die neuen Verhältnisse einzurichten. Die Baukrisis für Berlin, die bald darauf eintrat, ließ sich beim besten Willen nicht auf die Baupolizei-Verordnung zurückführen. Die Bau- und Grundstücks-Spekulation erlitt so gut wie gar keinen Schaden. Die schwersten Uebelstände in bezug auf ungesunde Wohnungen wurden durch sie wenigstens einigermaßen beseitigt.

Der Grundgedanke der Bauordnung von 1887 war der, daß die Bebauungsfähigkeit der Grundstücke eingeschränkt wurde. Wenn schon früher in Bezug auf Höhe der Baulichkeiten gewisse Regeln galten, und wenn man auch dafür gesorgt hatte, daß Durchfahrten, Höfe, Brandmauern, Treppen und Zugänge vorhanden sein mußten, so war dabei doch nur die Rücksicht auf das Berliner Feuerlöschwesen maßgebend gewesen. Die Baueinschränkungen mit Rücksicht auf die Gesundheitspflege, auf die Erhaltung eines genügenden Luftraumes trat erst mit der Baupolizei-Verordnung von 1887 auf.

Sie bestimmte, daß bisher nicht bebaute Grundstücke bis auf zwei Drittel, bei Veröffentlichung der Baupolizei-Verordnung bereits bebaute Grundstücke bis auf drei Viertel ihrer Grundfläche bebaut, beziehungsweise wieder bebaut werden dürfen.

Den bis dahin schon bebauten Grundstücken war dadurch ein Vorrecht eingeräumt auf Kosten der Gesundheit der Berliner Bevölkerung. Man konnte mit Grund sagen, wenn es mitten in der eng bebauten Altstadt mit ihren theilweise sehr engen Straßen genügt, daß nur ein Viertel des Grundstückes freibleibt, warum verlangt man denn an den breiteren Straßen der neuen Stadttheile, daß ein Drittel unbebaut bleibt?

Ein Uebelstand blieb, das war die Möglichkeit, die Grundstücke in ihrer ganzen Tiefe von der Straße ab mit Wohnhäusern zu bebauen. Es entstanden dadurch Grundstücke mit einer ganzen Reihe von Höfen hintereinander, die in sich die ganze Bevölkerung einer kleinen Stadt aufnahmen. Trotz der freibleibenden Grundfläche waren hier die früheren gesundheitsgefährlichen Zustände nicht gebessert.

Die Höhe der Gebäude, der Vorderhäuser wie der Seitenflügel und Hinterhäuser, wurde in der Bauordnung von 1887 von der Straßenbreite abhängig gemacht, was auch einen Fortschritt bedeutete.

Die Bestimmung, daß niemals mehr als fünf zu dauerndem Aufenthalt für Menschen bestimmte Geschosse angelegt werden dürfen und daß der Fußboden des obersten Geschosses dieser Art nie mehr als 17,50 Meter über dem Bürgersteig liegen dürfe, sowie daß bewohnte Keller höchstens 0,50 tief unter dem Erdboden und nur unter besonderen Umständen, wenn sich an der Frontwand ein mindestens einen Meter breiter Lichtgraben befindet, ein Meter unter dem Erdboden liegen dürfen, brachte bemerkliche Besserungen für die Kellerwohnungen, und die elenden Mansarden- und Dachwohnungen als sechstes und siebentes Geschoß verschwanden.

Die Bauordnung von 1887 war eine Besserung gegenüber den früheren Zuständen, das war auch durch unsere Presse anerkannt. Wir vereitelten die Wirkung der Hetzereien der Berliner Bauinnung, die die Arbeiter gegen die Bauordnung zu Demonstrationen verleiten wollte. Aber als genügend für die gesundheitlichen Verhältnisse von Berlin haben wir diese Bauordnung niemals betrachtet.

Sie hat zehn Jahre in Wirksamkeit gestanden und das neue Berlin mit all seinen noch sehr erheblichen Uebeln ist unter ihr entstanden. Nun wird sie durch eine neue abgelöst, die einige Fortschritte bringt, aber auch noch lange nicht dem gesundheitlichen Bedürfniß genügt, die auch noch zurückschreckt davor, dem Kapital ernste Zugeständnisse abzuringen.

Wir werden sie, soweit sie neues bringt, in einem folgenden Artikel prüfen.

Dem Verwaltungsberichte der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt Berlin für das Jahr 1896

entnehmen wir folgende Angaben von allgemeinem Interesse: Die Zahl der im Jahre 1896 bewilligten Altersrenten betrug 333, die der Invalidenrenten 930. Zusammen sind 1263 Renten im vergangenen Jahre zugesprochen worden. Seit dem Bestehen der Versicherungsanstalt (1891) wurden bewilligt 3350 Altersrenten und 3423 Invalidenrenten, zusammen demnach 6773 Renten im Jahresbetrage von insgesammt 966 475,40 Mark. Durch Tod oder aus anderen Gründen sind in Summa 821 Altersrentner und 1029 Invalidenrentner bis Ende 1896 ausgeschieden, sodaß der Altersrentenbestand am Jahresschlusse sich auf 2529, der Invalidenrentenbestand auf 2394 belief. 13 Altersrentnern ist wegen Eintritts der Invalidität im Jahre 1896 die höhere Invalidenrente zugebilligt worden.

Nach Berufszweigen vertheilen sich die 3350 Altersrenten-Empfänger auf folgende Gruppen: Land- und Forstwirthschaft: 27 Männer, 1 Frau; Industrie: 972 Männer, 182 Frauen; Handel und Verkehr: 222 Männer, 18 Frauen; Lohnarbeiter wechselnder Art: 1016 Männer, 496 Frauen; Staats- und Gemeindedienst: 93 Männer, 5 Frauen, und Gesindedienst: 85 Männer und 233 Frauen.

Von den 3423 Invalidenrenten-Empfängern gehörten an: der Land- und Forstwirthschaft 26 Männer und 1 Frau, der Industrie 1251 Männer und 177 Frauen, Handel und Verkehr 409 Männer, 33 Frauen, Lohnarbeit wechselnder Art 747 Männer und 247 Frauen, Staats- und Gemeindedienst 102 Männer und 8 Frauen, während im Gesindedienst standen 29 Männer und 393 Frauen.

Unter den Invaliditätsursachen kam am häufigsten in betracht die Lungentuberkulose mit 24,81 pCt. bei den Männern und 13,21 pCt. bei den Frauen. Es folgten anderweite Lungenerkrankungen mit 12,93 pCt. bei Männern und 6,79 pCt. bei Frauen, alsdann Entkräftung, Blutarmuth, Altersschwäche, Gelenkrheumatismus und Gicht.

Für Rechnung der Versicherungsanstalt Berlin sind im verflossenen Jahre 278 144,84 M. an Altersrente und 215 788,55 M. an Invalidenrente, zusammen 493 883,39 M. an Renten gezahlt worden. Die Summe der seit dem Jahre 1891 überhaupt von der Berliner Versicherungsanstalt ausgezahlten Renten belief sich auf 1 838 596,09 M.

Der Verwaltungsbericht der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Berlin für das Jahr 1896 meldet ferner, daß sich das von der genannten Anstalt in Gütergotz eingerichtete Sanatorium einer wachsenden Beliebtheit in den Kreisen der Berliner Arbeiterschaft erfreut. Die Zahl der Aufnahmegesuche ist im vergangenen Jahre eine höhere und beständigere gewesen als im Jahre 1895. Das Sanatorium bietet Raum für 68 Patienten. Es werden nur männliche Personen aufgenommen. Ausgeschlossen sind, außer den weiblichen Personen, ferner Personen, welche an ansteckenden Krankheiten oder an Lungenschwindsucht leiden. Im Jahre 1896 kamen 227 Personen zur Aufnahme, während 214 aus der Behandlung entlassen wurden. Von letzteren waren 113 geheilt, 81 bis zur Erwerbsfähigkeit gebessert und nur 20 ungeheilt und erwerbsunfähig. In Prozenten belief sich die Zahl der Heilungen danach auf 53 pCt., die der Besserungen auf 36 pCt., während 11 pCt. ungeheilt blieben. Es konnten mithin 91 pCt. der Patienten im Jahre 1896 als erwerbsfähig entlassen werden. In den Monaten Juni, Juli und August überstieg die Zahl der Aufnahmegesuche dauernd die Zahl der Vakanzen und es mußten in diesen Monaten beständig Vornotirungen stattfinden. Das Sanatorium hatte insgesammt 22 302 Verpflegungstage, die Ausgaben stellten sich auf 80 271,36 M. oder pro Tag und Kopf eines Kranken auf 3,60 M.

Unter den zur Behandlung gekommenen Krankheiten überwogen solche der Haut. Knochen und Muskeln mit 33 pCt., darunter meist Gelenkrheumatismus, es folgten Nervenkrankheiten, zumeist Nervenschwäche. Die durchschnittliche Verpflegungsdauer für einen Fall belief sich auf 92 Tage.

Die Mehrzahl der Aufgenommenen waren zwischen 30 und 39 Jahren alt, 3 noch nicht 20, 12 über 60 Jahre. Von den entlassenen Pfleglingen waren 41 ledig, 163 verheirathet, 9 verwittwet, 1 geschieden. 119 Patienten bezogen bei der Aufnahme noch Krankengeld, 95 waren ausgesteuert, darunter 79 Verheirathete. In 67 Fällen wurde den bedürftigen Familien der Kranken während der Dauer des Aufenthalts der Ernährer im Sanatorium wöchentlich geringe Unterstützungen in Höhe von 3 bis 7 M. von der Versicherungsanstalt gezahlt. Das ist zum Sattessen zu wenig und zum Verhungern vielleicht zu viel, doch muß in betracht gezogen werden, daß die Schuld an der Minderwerthigkeit dieser sozialen Beihilfe nicht dem Versicherungsinstitut sondern dem Gesetz zufällt und den maßgebenden Gewalten, die das Gesetz ungenügend gestaltet haben. Außer für die im Sanatorium in Gütergotz behandelten Patienten wurde im Jahre 1896 noch für 42 Versicherte zur Abwendung der Invalidität die Krankenfürsorge übernommen und zwar für 23 Männer und 19 Frauen. Die betreffenden wurden zumeist in den hiesigen öffentlichen und privaten Krankenhäusern und in den städtischen Heimstätten bei Berlin, wie Malchow, Blankenburg, Blankenfelde, ferner in der Volksheilstätte des rothen Kreuzes am Grabowsee bei Oranienburg und in der Anstalt des Dr. Weickers in Görbersdorf i. Schl. auf Kosten der Versicherungsanstalt behandelt.

In einigen Fällen bestand die Fürsorge in Gewährung orthopädischer Apparate, Bäder 2c. und in ambulanter Behandlung. Bei diesen 42 Patienten überwogen Krankheiten der Respirationsorgane, es folgten Krankheiten der Haut, Knochen und Muskeln. Die durchschnittliche Verpflegungsdauer für einen Fall stellte sich auf 61 Tage. Die Versicherungsanstalt beabsichtigt, da sich das Sanatorium Gütergotz als zu klein erwiesen hat, mit Rücksicht auf die Nothwendigkeit einer ausgiebigeren Fürsorge für Frauen und Lungenkranke demnächst eine bedeutend größere Einrichtung als es Gütergotz ist. Die ersten Schritte zur Verwirklichung dieses Projektes sind bereits vom Vorstande gethan.

Lokales.

Die Lokalkommissionsmitglieder werden aufgefordert, alle Aenderungen der Lokalliste bis spätestens den 29. August an Unterzeichneten einzusenden mit Ausnahme der Orte des Kreises Teltow-Beeskow, welche die Liste an Genossen John, Oberschöneweide, Siemensstr. 7, einsenden wollen. Ostk. Mahle, Prinzenstraße 8, Seitenfl. 1 Tr.

Zur Lokalliste. Am 29. August veranstalten sechs Berliner Gesangvereine in der Philharmonie ein Fest und suchen unter den Arbeitern dazu Billets abzusetzen. Da die Philharmonie (sowie das Konzerthaus in der Leipzigerstraße und Kroll's Theater) als Kunstinstitut nur für den persönlichen Verkehr frei ist, Vereine also nicht Veranstaltungen dort treffen können, werden die Arbeiter besonders ersucht, solche Billets zurückzuweisen. Die Lokalkommission. J. A.: Ostk. Mahle.

Die Freie Volksbühne eröffnet die Wintersaison am Sonntag, den 12. September, mit einer Novität im Friedrich Wilhelmstädtischen Theater. Zur Aufführung gelangt ein Hamburgisches Drama von Karl Mönckeberg: „Illusionen". Dieses Drama setzte bei seinem Erscheinen sowohl die Presse wie die literarische Welt Hamburgs in Aufregung und wurde bereits von der Hamburger „Freien Volksbühne", dem Bruderverein der hiesigen, mit außerordentlichem Beifall aufgenommen. Wir machen diejenigen Genossen, welche Mitglied der „Freien Volksbühne" zu werden wünschen, auf das heutige Inserat der „Freien Volksbühne" in dieser Nummer besonders aufmerksam. Das Eintrittsgeld beträgt, sowie der Monatsbeitrag 60 Pf. Das Drama „Illusionen" wird am 12. September für die erste, am 19. September für die zweite und am 26. September für die dritte Abtheilung zur Aufführung gelangen. Mitglieder können bei rechtzeitiger Meldung in allen Zahlstellen durch den Vorstand aufgenommen werden. Der Beginn der Vorstellung ist auf 3 Uhr nachmittags festgesetzt, die Verloosung der Plätze beginnt um 2 Uhr. Der Garten steht den Mitgliedern zur Verfügung.

Vom Kriege zwischen dem Magistrat und seinen Unterbeamten wird berichtet: Der Hilfsarbeiter Grunske, der eine Reihe von Jahren im städtischen Dienst beschäftigt und dann bei eingetretener längerer Krankheit entlassen war, beanspruchte nach seiner Genesung wieder eingestellt zu werden. Bevor jedoch seinem Ersuchen stattgegeben wurde, mußte er ein Schriftstück unterzeichnen, laut welchem er auf alle Rechte gegenüber dem Magistrat verzichtet und dem Anspruch auf Beamtencharakter und den daraus resultirenden Vortheilen entsagt. Aehnlich liegt die Sache bei dem Magistrats-Hilfsarbeiter Kassulke, der nach 16jähriger Dienstzeit im Februar d. J. ohne besondere Entschuldigung entlassen wurde. Die in Aussicht gestellte Klage auf Fortzahlung des Gehaltes bezw. Pensionirung bewirkte, daß Kassulke eines Tages vor einen Sekretär des Generalbureaus geladen wurde, wo man ihm eröffnete, daß er in den Genuß eines Jahrgeldes treten könne, wenn er schriftlich auf alle Rechte verzichte. Dieses Ansinnen wurde mit der Motivirung zurückgewiesen, daß der Fall erst reiflich erwogen werden müsse. Wäre es nicht endlich an der Zeit, geordnete Zustände zu schaffen?

Nach den bisherigen Bestimmungen erfolgt die Anstellung von Lehrern und Lehrerinnen an Gemeindeschulen, sofern dieselben nicht bereits ein Jahr im städtischen Dienst beschäftigt waren, mit dem Vorbehalt des Widerrufs binnen Jahresfrist. Dieser Vorbehalt wurde der Bestätigungsformel vom Provinzialschulkollegium in der Vokation beigefügt. Es hatte nur in sehr seltenen Fällen von ihm Gebrauch gemacht werden müssen, er war aber für diejenigen Lehrer drückend, welche vor ihrer Berufung an hiesige Schulen außerhalb endgiltig angestellt waren. Das Provinzial-Schulkollegium hat nun dem Magistrat mitgetheilt, daß es fortan den Vorbehalt des Widerrufs nur dann der Bestätigung von Vokationen beifügen werde, wenn es sich um die Anstellung von Lehrern oder Lehrerinnen handelt, die bis dahin nur in Privatschulen unterrichtet haben. Der Magistrat wird demgemäß den Vorbehalt auch nur bei solchen Lehrern und Lehrerinnen eintreten lassen, die vor ihrer Anstellung nur an Privatschulen unterrichtet haben. —

Das Berliner Elend hat ein Mann nicht finden können, der sich eigens von Rom aus auf die Suche gemacht hat. Der Herr heißt Evangelisti und ist Redakteur der römischen „Tribuna". Nirgendwo in Berlin eine Spur von Elend zu finden. Schließlich erklettert Signor Evangelisti — so schwer es dem etwas gewichtigen Kollegen wird — die 450 Stufen des Rathhausthurms, um von dort oben aus vielleicht irgend ein Quartier des Elends zu entdecken. — Der Wächter nimmt ihm 50 Pfennig ab und schickt ihn nach der . . . Müllerstraße, wo er finden wird, was er suche. Aber ach! die Müllerstraße war für ihn eine neue Enttäuschung. „Ich fand dort — klagt unser Diogenes — allerdings viele barfüßige kleine Knaben und Mädchen, aber alle waren so reinlich gekleidet, daß sie mir mit ihren bloßen Füßen nur Kneippianer schienen. Unter den Hausthüren kein einziges Weib ohne Hemd, mit ungekämmten Haaren. Der Mann verdient, in Berlin liberaler Stadtverordneter oder zum mindesten Armenkommissar zu werden.

Sedanfeier und Menschlichkeit. In einem hiesigen Montagsblatte wird folgende Frage zur Diskussion gestellt: „Wie wäre es, wenn Deutschland diesmal seine Sedanfeier sozusagen im Halbtrauer beginge und alle privaten und offiziellen Aufwendungen für die Zwecke der Festfeier den von der Wetterkatastrophe Heimgesuchten zugewiesen würden? Der Sedantag für die Ueberschwemmten — wäre das nicht eine echt patriotische Feier?" Kennt der Mann den Patriotismus und seine hauptsächlichen bürgerlichen Stützen, die Geschäftpatrioten, schlecht!

Auch ein Beitrag zum Sanitätswesen. Ein Leser schreibt uns: Am Sonntag Nachmittag ging ich mit meiner Familie in der verlängerten Schwedterstraße zwischen Nordbahnhof und dem großen Exerzierplatz spazieren. Der Fußweg wird rechts vom erwähnten Platz durch einen Stacketenzaun getrennt. Ungefähr in der Mitte des Platzes drang mir ein pestartiger Geruch in die Nase. Die Ursache war ein dicht hinter dem Zaune liegender todter Hund von beträchtlicher Größe, eine Anzahl Kinder machten sich das zweifelhafte Vergnügen, den Kadaver an einem Strick hin und her zu schleifen. Der Gestank, welcher uns umgab, war kaum auszuhalten; das Thier muß längere Zeit an dieser Stelle gelegen haben, obgleich auf dem Platze selbst sich ein Wächter befindet. Wie ist es nur möglich, daß das Thier in diesem gesundheitsgefährlichen Zustande so lange an dieser belebten Stelle liegen bleiben kann? Kürzlich erst ist doch eine Frau an einem Insektenstich zu grunde gegangen; dieselbe Gefahr liegt hier vor. Ein paar Spatenstiche würden die Gefahr beseitigen.

Zwei Millionärinnen ermordet. Ein Doppel-Raubmord an zwei alten alleinstehenden Frauen, der schon vor 14 Tagen begangen sein muß, ist am Montag früh um 9 Uhr entdeckt worden. Die Polizei ließ um diese Zeit den Keller des Hauses Königgrätzerstr. 35, neben dem Habsburger Hof, am Askanischen Platz, durch einen Schlosserlehrling gewaltsam öffnen. Im Keller nach der Straße fand die Polizei die Hauswirthin, die 71 Jahre alte Wittwe Anna Schultze und ihre 51jährige Tochter ermordet in einer Kiste unter altem Gerümpel und Schutt in einer Ecke liegend.

Ein Leichengeruch, der in der Nachbarschaft sich schon mehrere Tage bemerkbar machte, hatte zur Entdeckung der Leichen geführt. Die beiden alten Damen, bekannt unter dem Namen „Gips-Schultzen", weil sie bei Sparenberg in der Mark große Gipsbrüche besitzen, wurden schon seit 14 Tagen vermißt. Es wurde von den Hausbewohnern, welche die eigenthümlichen Lebensgewohnheiten der Frauen kannten, angenommen, daß sie verreist seien. Erst als sich der Leichengeruch bemerkbar machte und die Nachfragen nach den Vermißten wuchsen, benachrichtigte man die Polizei. Der Verdacht, den Mord begangen zu haben, lenkt sich auf einen Schuhmacher aus Oesterreich. Dieser, ein gewisser Josef Goluczi, hat in dem Hause einen Laden gemiethet, in dem sich früher eine Kneipe befand. Goluczi ist aber nicht zugezogen, obgleich er den Laden mit seiner Firma u. s. w. versehen hat, er ist ebenfalls verschwunden und soll sich nach dem Auslande begeben haben. Die Polizei hat sofort die Kriminalpolizei benachrichtigt, die schnell erschien und die Staatsanwaltschaft von dem Raubmord in Kenntniß setzte. Diese ließ nachmittags nach Aufnahme eines Protokolls die halbverwesten Leichen fortschaffen. In der Wohnung der Frauen lagen die Möbel und Betten bunt durcheinander. Allem Anschein nach hat der Mörder alle Behälter genau durchsucht. Ob und was geraubt worden ist, ließ sich noch nicht feststellen. Die Frauen, die noch mehrere Häuser in Berlin besitzen, sollen zehnfache Millionärinnen gewesen sein; sie lebten sehr einfach, hatten weder Dienstmädchen, noch eine dienstbare Person um sich. Der Schuhmacher soll zu Hausbewohnern geäußert haben, seine Frau sei mit den alten Frauen verwandt, diese würden nach einem Vorort ziehen und er die Verwaltung übernehmen. Es fiel deshalb nicht weiter auf, als G. eine Fuhre Sand in den Keller unter seinem Laden schaffen ließ, unter dem die Leichen jetzt gefunden sind. Die Frauen sind erdrosselt, was jedenfalls erst in dem Keller geschehen ist, wohin G. die Frauen wahrscheinlich unter dem Vorwand gelockt hat, daß er mit ihnen eine bauliche Veränderung besprechen wolle.

Die Kriminalpolizei giebt folgende Darstellung der Mordthat: Die 71jährige Wittwe Schultze und ihre 51jährige Tochter, Königgrätzerstr. 35 wohnhaft, wurden seit 14 Tagen nicht mehr gesehen. Man nahm an, daß sie verreist seien. Die Frau war sehr wohlhabend, besaß bedeutende Gipsbrüche, anscheinend auch mehrere Häuser, galt aber als geizig. Sie hatte z. B. den Portier entlassen und Haus- und Hofreinigung selber besorgt. Beide Frauen gingen höchst selten aus und unterhielten keinerlei Verkehr, weder mit Hausbewohnern noch sonst irgend jemand. Vor einiger Zeit hatte ein Schuhwaaren-Händler Laden und Keller im Hause gemiethet, war aber noch nicht eingezogen, sondern hatte blos die Ladeneinrichtung besorgt. In einer Kellerstube unter diesem Laden wurden heute die Leichen der beiden Frauen in Wachstuch eingewickelt und in Kisten verpackt vorgefunden. Die Kisten waren mit schwarzer Erde bedeckt. Die vorläufige Untersuchung der einen Leiche ergab, daß der Schädel derselben zertrümmert und der Unterkiefer zerschmettert war. Die Erde soll vor acht oder zehn Tagen angefahren und von der Straße aus durch Arbeiter unmittelbar in das Kellerfenster geworfen sein. Es wäre wünschenswerth, wenn sich der Lieferant, welcher die Erde geliefert, und die Arbeiter, welche dieselbe angefahren und in den Keller hinabgeschaufelt haben, auf der Polizei meldeten.

Von anderer Seite wird noch berichtet: Die Kunde von der Mordthat hatte hunderte von Neugierigen herbeigelockt, die das stille Haus Nr. 35, welches an das Hotel Habsburger Hof grenzt, umstanden. Die Jalousien des Schuhwaarengeschäfts waren herabgelassen, während in dem gleichfalls zum Hause gehörigen Restaurant der regste Verkehr herrschte. Der Mörder scheint mit dem größten Raffinement vorgegangen zu sein, das von ihm eingerichtete Geschäft besteht nur aus Mobiliar und leeren Pappkartons. Vom Treppenflur aus führt unter der Treppe eine Stiege zum Keller, in welchem die Leichen aufgefunden wurden. Die Kiste, in welche dieselben gezwengt waren, war mit Erde so dicht bedeckt, daß der Schlosser, welcher auf Anordnung der Kriminalpolizei die Thür geöffnet hatte, diese nicht zu sehen vermochte. Erst als die Beamten genau nachforschten, stießen sie auf dieselbe, und entdeckten dann die furchtbar verstümmelten Körper. Am Tage nach dem Morde zeigte der angebliche Hausverwalter die sämmtlichen Schlüssel der Schultze, was sofort den Hausbewohnern auffiel, er begründete deren Besitz mit langjähriger Bekanntschaft und entfernte Verwandtschaft zu den Ermordeten.

Inzwischen hatte die Polizei das Haus in weitem Umkreis abgesperrt, sodaß das Publikum ferngehalten wurde. Gegen 1/28 Uhr nachmittags fuhren die Droschken vor, in denen die Mitglieder der Gerichtskommission Platz genommen hatten. Es begann eine genaue Durchsuchung sämmtlicher Räume des Hauses. Der Schlosser mußte sämmtliche Behälter öffnen, damit festgestellt werden konnte, was der Mörder geraubt hatte. Bisher ist diese Feststellung noch nicht abgeschlossen, sie ist auch mit erheblichen Schwierigkeiten verknüpft, weil die Ermordeten niemandem Einblick in ihre häuslichen und Vermögensverhältnisse gestattet hatten. Ueber den Verbleib des muthmaßlichen Mörders wußte niemand etwas anzugeben. Er hat sich aller Wahrscheinlichkeit sofort in Sicherheit gebracht, nachdem er sich davon überzeugt hatte, daß die Auffindung der Leichen so schnell nicht erfolgen konnte.

Der muthmaßliche Thäter, ein kleiner schmächtiger Mann, mit schwarzem Haar und schwarzem unten auseinandergestrichenen Vollbart und dunklen stechenden Augen, stammt aus Ungarn und spricht Deutsch, mit starker ungarischer Betonung. Er wohnte mit seiner Frau und einer Stieftochter seit ungefähr einem Jahre in einem neuen Hause Mühlenstr. 4/5, in dem er im zweiten Stock eine elegant eingerichtete Vorderwohnung von 3 Zimmern mit Zubehör und an der Straße im Erdgeschoß einen einfenstrigen Schuhwaarenladen hatte. Die Stieftochter war lange Zeit verreist, angeblich nach Dresden, und erst in der letzten Zeit als Verkäuferin thätig. Gönczi hatte ein außerordentlich freundliches Wesen. Gemeldet war er als Werkmeister, in der letzten Zeit ging er jedoch als Reisender mit einem Musterkoffer umher. Seinem Hauswirth Tabbert ist er einen Theil der Miethe schuldig. Im Hause hat man sowohl ihn als auch seine Frau seit mehreren Tagen nicht mehr gesehen. Die Reinemachefrau Praatz sah ihn zuletzt im Anfang der vorigen Woche. Es fiel ihr auf, daß er damals einen eleganten dunklen Anzug trug, während er sonst stets hell gekleidet ging. Die Stieftochter war, wie einige Hausbewohner gesehen haben wollen, noch gestern Mittag im Laden. Gestern Abend war der Laden geschlossen, die Dame war, wie es hieß, mit drei Herren weggegangen. Auch die Wohnung Gönczis war verschlossen. Das Ehepaar hat, bevor es nach der Mühlenstraße zog, in der Köpnickerstraße gewohnt.

Der fleißige Stadtbaurath. Aus dem Rathhause wird berichtet: Stadtbaurath Hoffmann ist von seinem vierwöchentlichen Urlaub zurückgekehrt. Den größten Theil dieser Zeit hat er zum Studium der alten Ziegelrohbauten in Lübeck, Lüneburg, Ratzeburg, Wismar, Rostock, sowie in Dänemark zugebracht.

Der Berliner Herbst-Jahrmarkt findet diesmal wieder im Südwesten Berlins, im sogenannten „Halleschen Thor-Bezirk" und zwar in der Gneisenau-, York- und den angrenzenden Straßen vom Mittwoch bis Sonnabend dieser Woche statt.

Die schwarz-weiß-rothen Briefkasten der früheren Berliner Verkehrsanstalt werden nun doch entfernt werden. Es hat sich ein Althändler gefunden, der die Verpflichtung übernommen hat, die Entfernung der Kasten wenigstens nach und nach zu bewirken.

Ein Postdieb wurde am Sonntag in flagranti ertappt. In letzter Zeit gingen auf dem Postamt XI in der Anhalter Bahnhofstraße verschiedene Reklamationen über das Verschwinden resp. die Beraubung von Postpacketen ein. Die daraufhin angestellten Recherchen ließen keinen Zweifel aufkommen, daß der Dieb unter den Angestellten zu suchen war. Da auch Unschuldige in den Verdacht kamen, konstituirte sich unter den Beamten ein Ueberwachungskomitee, dem es auch gelungen ist, den Uebelthäter in dem Moment zu erfassen, als er sich eben anschickte, einen mit geräucherten Aalen gefüllten Korb mitgehen zu heißen. Der Dieb war der Posthilfsbote Loose; er wurde verhaftet und in Untersuchungshaft abgeführt.

Die ersten Erntefeste dieses Jahres wurden gestern Nachmittag in den Laubenkolonien zwischen der Warschauerstraße und der Frankfurter Allee und an der Landsberger Allee veranstaltet. Die ganzen Kolonien prangten im Festschmuck. Die heiterste Stimmung herrschte unter Alt und Jung.

Gaunerfrechheit. Den Inhalt der Ladenkasse hat sich ein Gauner in einem Geschäft der Köpnickerstraße durch einen mit großer Frechheit ausgeführten Ueberfall angeeignet. In das Mehlgeschäft von Kersten, Köpnickerstr. 95, wo die Frau des Inhabers allein anwesend war, kam ein junger Mann, der ohne weiteres hinter den Ladentisch trat und die Kasse öffnete. Frau Kersten war angesichts dieser unerhörten Dreistigkeit so starr, daß sie für einen Augenblick kein Wort herausbrachte. Als sie schließlich dem Gauner, der sich inzwischen, was er an Geld vorfand, ohne Rücksicht auf ihre Gegenwart eingesteckt hatte, zurief, was er denn eigentlich mache, antwortete dieser mit größter Ruhe, daß sie das ja sehr. Einen Versuch, ihn aufzuhalten, beantwortete der Strolch mit einem Faustschlag, den er gegen den Kopf der Frau K. führte. So gelang es ihm, obgleich die Straße sehr belebt war, zu entkommen.

Auf der Straße ist am Montag Vormittag der 57 Jahre alte Buchhalter Otto Stolberg plötzlich gestorben, der Verwalter des Grundstücks Usedomstr. 17 der Berliner Lagerhof-Aktiengesellschaft war. Auf dem Heimwege vom Arzte brach er vor dem Hause Usedomstr. 35 zusammen und war bald todt.

Ein Schuhmann des 19. Polizeireviers (Lietzmannstraße), der jedenfalls glaubt, daß auch er sein Theil zu dem zeitgemäßen Kampf gegen den Unglauben beitragen müsse, sagte zu der Frau eines Dissidenten, als sie für ihr am 14. d. M. verstorbenes Kind einen Todtenschein vom Polizeibureau holen wollte: „Sie sind dissidentisch? Ein Mensch, der keinen Glauben hat, ist wie ein Stück Vieh!" — Das Publikum ist ja, was vielfach den Verkehr mit Schutzleuten betrifft, gewiß nicht durch besondere Höflichkeit derselben verwöhnt, aber eine derartige im höchsten Grade verletzende Bemerkung übersteigt denn doch alles Maß. Es darf wohl mit recht erwartet werden, daß ein Beamter im amtlichen Verkehr mit dem Publikum seine privaten Ansichten über Glauben und Unglauben nicht in so verletzender und beleidigender Form zum Ausdruck bringt. Würde ein Arbeiter auch nur in einer annähernd so schroffen Weise in entgegengesetzter Richtung Kritik üben, dann könnte er einer strengen Bestrafung sicher sein.

Ein Schadenfeuer brach am Sonntag Morgen in den Geschäftsräumen der Baumwollenwaaren-Handlung von Baum und Moskiewicz in der Klosterstr. 84 aus. Der alarmirten Feuerwehr gelang es bald, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. —

Ein erheblicher Bodenbrand fand am Montag Vormittag 11 Uhr in der Demminerstr. 31 statt. Gegen Mittag war das Feuer, dessen Entstehung nicht bekannt ist, bewältigt. Der Brand hatte eine gewaltige Zuschauermenge angelockt.

Im Wahnsinn. Eine unheimliche Szene spielte sich am Sonntag Nachmittag gegen 1 Uhr im dritten Stockwerk des Hauses Philippstr. 2 ab. Dort wohnt seit einigen Jahren als Chambregarnist bei dem Kassenrendanten Cullies der in den dreißiger Jahren stehende Geheime Kalkulator Bartels vom Justizministerium. Seit einigen Tagen trug B. ein auffallendes Wesen zur Schau, so daß man es für nöthig hielt, seine Mutter, die in Halle lebt, zu benachrichtigen. Die Frau eilte sofort hierher, und als sie eben bei ihrem Sohne in der Wohnung war, versuchte dieser plötzlich, nur mit dem Hemde bekleidet, aus dem Fenster hinabzuspringen. Noch im letzten Augenblick hielt ihn Herr Cullies von dem tödtlichen Sprunge zurück. Der Kranke schrie aus Leibeskräften um Hilfe, so daß die ganze Nachbarschaft alarmirt wurde, sprang dann in mächtigen Sätzen die Treppe hinab und lief, so wie er war, die Louisenstraße hinunter nach der Spree zu. Erst an der Schumannstraße gelang es, ihn anzuhalten. Mit einem Privatwagen nach Hause gebracht, wurde er angekleidet und von seiner Mutter und einigen Hausgenossen einer Anstalt zugeführt.

Unter schauerlichen Umständen suchte am Sonntag früh der 32 Jahre alte Dachdecker Waldemar Dieter, am Weinbergsweg wohnhaft, sich das Leben zu nehmen. Er wurde ungerecht beschuldigt, sich an einer 80jährigen Frau schwer vergangen zu haben, und scheint aus Furcht vor Nachstellungen, die man ihm deshalb bereitete, wahnsinnig geworden zu sein. In der Nacht zum Sonntag zertrümmerte er seinen ganzen Hausrath, einen Regulator warf er zum Fenster hinaus. Hausbewohner drangen in die Wohnung ein und fanden hier den Insassen mit einem Schnitt im Halse erhängt vor. Man schnitt ihn ab, brachte den noch Lebenden in ein Krankenhaus, wo er hoffnungslos daniederliegt.

Erschossen hat sich im Schloßpark von Nieder-Schönhausen am Sonnabend Nachmittag gegen 5 Uhr der 39 Jahre alte Maurer Lange aus der Dunckerstr. 14. Lange war leidend und konnte schon seit einem halben Jahre nicht mehr arbeiten.

Keine Stätte, um ihr Haupt zu betten. Polizeilich wird berichtet: In der Nacht zum 22. d. M. wurden an mehreren Stellen des Stadtgebiets Streifen auf im Freien nächtigende Personen abgehalten. Ein „erhebliches" Ergebniß hatte nur die in der Umgebung des Humboldthafens, bei der 28 Männer aufgegriffen wurden, von denen 22 als Wohnungslos eingeliefert wurden.

Ertrunken ist am Sonntag Vormittag der Former Böttcher aus der Cuvrystr. 2, als er ein Boot unkundig auf der Oberspree führte und gegenüber der Stralauer Kirche mit einem Sterndampfer zusammenstieß. Sein Begleiter, der Tischler Schulz, wurde gerettet.

Bei einer Schlägerei in Friedrichsfelde erhielt der Arbeiter Andreas Menzel aus Kaulsdorf einen Messerstich in den Rücken.

Ihren Verletzungen erlegen ist die Arbeiterfrau Ida Hille, die sich vor einigen Tagen aus ihrer Wohnung auf den Hof hinabstürzte.

Durch Ueberfahren wurde vorgestern Abend die vierjährige Tochter des Tischlers Rudolf Lemke in der Grünauerstraße getödtet. Das Kind lief gegen einen vorüberkommenden Wagen der elektrischen Straßenbahn, wurde überfahren und am linken Oberarm sowie am Kopf so schwer verletzt, daß der Tod bald darauf eintrat.

Straßensperrung. Die Müllerstraße von der Utrechter- bis zur Seestraße wird behufs Umpflasterung vom 23. d. M. bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Im Passage-Panoptikum soll ein vollständiges indisches Dorf entstehen, worin wir das Leben seiner Bewohner in allen Zügen werden belauschen können. Bereits in den nächsten Tagen wird die aus etwa 30 Personen, Männern, Frauen und Kindern, bestehende Truppe in Berlin eintreffen.

Orgelkonzert. In der Marienkirche findet Mittwoch, den 25. d., ausnahmsweise kein Orgelvortrag statt. Nächster Vortrag Mittwoch, den 1. September, mittags 12 Uhr. Mitwirkende sind Fräul. Marie Wiemann, Frl. Frieda Dumke und Herr Schwieseelmann.

Theater. Die Neu-Aufführung des Faust, I. Theil, welche das „Deutsche Theater" am nächsten Sonnabend giebt, sind zum großen Theil die Dekorationen und Kostüme neu angefertigt worden. Die Dichtung wird in den Hauptrollen von den Damen Luise v. Poellnitz, Helene Staglé, Elise Steinert, Alwine Wicke und von den Herren Paul Biensfeld, Hans Fischer, Ferdinand Gregori, Josef Kainz, Bruno Köhler, Hermann Müller, Hermann Nissen, Max Reinhardt, Rudolf Rittner, Guido Thielscher, Hans Wassmann zur Darstellung gebracht. — Im Schiller-Theater wurde der Spielplan dahin abgeändert, daß Grillparzer's „Weh dem, der lügt", heute und morgen in Szene geht, und die für morgen angekündigte Aufführung von Bauernfeld's Lustspiel „Bürgerlich und Romantisch" auf nächste Woche verlegt wurde.

Aus den Nachbarorten.

Zur Kennzeichnung des Kampfes, der in Zehlendorf von amtlicher Seite gegen die Sozialdemokratie geführt wird, mag folgender Beitrag dienen: Zum Sonntag hatte der Gesangverein „Echo", der beim Amtsvorsteher Milinowski im Verdachte der Sozialdemokratie steht, an amtlicher Stelle ein Gartenkonzert angemeldet, das im Dohrmann'schen Lokale stattfinden sollte. Die Gemeindekasse erhob hierfür am 16. August drei Mark Vergnügungssteuer. Am 20. August erhielt der Buchdrucker Bachmann, der das Konzert angemeldet hatte, folgenden Bescheid:

„Das von Ihnen angemeldete Fest, welches am Sonntag, den 22. August, im Dohrmann'schen Lokal stattfinden soll, ist nicht als eine gelegentliche Festlichkeit anzusehen, zu welcher es nur der vorgängigen Anzeige an die Ortspolizeibehörde bedarf."

Das hieß in deutliches Deutsch übertragen, daß auch gegen dieses Fest, wie bei früheren Gelegenheiten schon, mit den allgewohnten Scherereien vorgegangen werden sollte.

Der Kampf für Ordnung, Religion und Sitte gestaltete sich nun folgendermaßen: Am frühen Morgen des Sonntags, gegen halb sieben Uhr, erschienen zwei Gendarmen und ein Polizeidiener beim Wirthe Dohrmann und konfiszirten aus dessen Keller sämmtliches Bier, im ganzen 6¼ Tonnen. Selbst das am Hahn befindliche Bier wurde losgeschraubt. Dann eröffnete man allmälig den Kampf gegen die Veranstalter des Konzerts. In der Nähe des Lokals hatten sich bald nach Mittag etwa 15 Gendarmen zusammengezogen; zwei von ihnen drangen gegen den Eingang vor und gingen trotz des Hinweises, daß eine Privatfestlichkeit stattfinde, in den Garten hinein. Ein Gendarmerie-Wachtmeister erklärte sodann dem Genossen Bachmann, daß er abgeführt würde, wenn er sich getraue, noch irgend ein Wort zu erwidern.

Die Kunde von diesen Vorfällen hatte sich natürlich wie ein Lauffeuer in der Gegend verbreitet, und so kam es, daß die Arbeiterschaft von Zehlendorf und den umliegenden Orten es als eine Art Ehrenpflicht betrachtete, den Besuch des Konzerts so imponirend zu gestalten wie nur möglich. Wohl über tausend Personen beiderlei Geschlechts waren bald in dem prächtigen Garten versammelt. Es that der festlichen Stimmung der Anwesenden auch nicht im geringsten Abbruch, als nunmehr ein Gendarm das Musiziren und Singen verbot und sogar mit Konfiskation der Instrumente drohte, als die Musiker dennoch Miene machten, ihrer kontraktlichen Verpflichtung nachzukommen. Die bewährte Taktik einiger Parteigenossen hatte natürlich inzwischen auch dafür zu sorgen gewußt, daß trotz der am Morgen erfolgten Massenkonfiskation auch gutes Bier in genügender Quantität vorhanden war. Die agitatorische Wirkung dieses Festes muß als eine geradezu glänzende bezeichnet werden; trotz alledem und alledem ertönten kräftige Arbeitergesänge laut durch den Garten, und als die Abenddämmerung des herrlichen Sonntags hereinbrach, war, imponirender als ein Ruf wie Donnerhall, über ganz Zehlendorf ein brausendes Hoch auf die internationale Sozialdemokratie zu hören.

Der Amtsvorsteher des Ortes aber war gewiß stolz ob seines Erfolges und seiner Verbote, deren eines selbst in der amtlichen Weigerung bestanden hatte, eine Liste zum Besten der Ueberschwemmten im Garten zirkuliren zu lassen. Es ist aber trotz des amtlichen Verbots ein namhafter Betrag für dies Werk der Menschenliebe zusammengekommen.

Bemerkt sei noch, daß die geschilderten Szenen in trefflichen Momentphotographien, die demnächst in den Handel gelangen, verewigt worden sind.

Die Parteigenossen aus Berlin sowohl wie aus Zehlendorf und Umgegend werden gewiß dafür sorgen, daß dem Wirth Dohrmann, Machnowerstr. 40, hinfort möglichst wenig Schaden aus den polizeilichen Unannehmlichkeiten erwachse, die er als Besitzer des einzigen größeren Lokals am Orte, welches der Arbeiterschaft zur Verfügung steht, zu ertragen hat.

Wegen Wechselfälschung wird nunmehr von der hiesigen Staatsanwaltschaft am Landgericht II der 46jährige Sattlermeister Franz Reinhold Troitzsch aus Charlottenburg, der sich vor längerer Zeit seiner Verhaftung durch die Flucht entzogen hat, steckbrieflich verfolgt. Der Flüchtige, welcher zuletzt in der Wilmersdorferstr. 13 wohnhaft gewesen und früher eine Zeit lang das Amt eines Stadtverordneten bekleidete, hatte zu Pfingsten eine Vergnügungsreise unternommen, von der er „vorsichtshalber" nicht wieder zurückgekehrt ist.

Gerichts-Zeitung.

Wegen Vergehens gegen die §§ 152, 153 der Reichs-Gewerbeordnung hatte sich gestern der Arbeiter Schloms vor der 188. Abtheilung des Amtsgerichts I zu verantworten. Der Angeklagte arbeitet in Gemeinschaft mit seinen Kollegen Lucas, Birk und Gerlich in der Fabrik von Eberhard Nachfolger. Lucas verlangte eines Tages von dem Chef eine Lohnerhöhung, die ihm jedoch nicht bewilligt wurde. Der Chef sagte vielmehr im Hinblick darauf, daß Lucas am Tage vorher angetrunken gewesen sein soll: „Gestern war er betrunken und heute will er Lohnerhöhung." Infolge des Mißerfolgs des Lucas erklärte sich der Angeklagte und Birk mit ihm solidarisch und die drei legten die Arbeit nieder, während Gerlich sich ihnen nicht anschloß. Am Mittag desselben Tages trafen die drei mit Gerlich in einem Restaurant in der Brücken-Allee zusammen, sprachen mit ihm über den Vorfall und der Angeklagte fragte, ob Gerlich sich ihnen nicht anschließen wolle. Dieser war dazu jedoch um so weniger bereit, als ihm der Chef doppelten Lohn versprochen hatte, bis Ersatz geschafft war. Nach Gerlich's Bekundung soll einer der Angeklagten im Anschluß an diese Mittheilung geäußert haben: „Du gehst nicht 'ran, sonst könntest Du abends Deine Knochen fühlen." Gerlich will dadurch in Schrecken versetzt worden sein; in der That hörte er auch am Nachmittage, nach Rücksprache mit seinem Chef, zu arbeiten auf. Der Angeklagte war, wie er behauptet und auch Gerlich betont, zur Zeit des inkriminirten Gesprächs stark angetrunken. Der Staatsanwalt hielt die Voraussetzungen des § 153 der Reichs-Gewerbe-Ordnung in Verbindung

mit § 152 derselben für erwiesen und beantragt mit Rücksicht auf die starke Angetrunkenheit des Angeklagten 3 Tage Gefängniß. Der Gerichtshof erkannte nach dem Antrage.

Duellprügler. Wegen Zweikampfes mit tödtlichen Waffen wurden von der Strafkammer in Göttingen zwei Studirende aus Frankfurt a. M. bezw. Magdeburg und vier Bergakademiker aus Clausthal a. H. zu je drei Monaten Festungshaft verurtheilt. Der Gastwirth K. in Bockswiese, sowie dessen Ehefrau, welche ihren Saal zur Paukerei hergegeben hatten, wurden mit je 23 Tagen Festungshaft bestraft.

Versammlungen.

Der Streik bei Röffemann u. Kühnemann bildete den Gegenstand der Erörterung in einer am Sonntag im Luisenstädtischen Konzerthause abgehaltenen Versammlung der Former und Berufsgenossen. Müller empfahl den Streikenden, die Arbeit wieder aufzunehmen unter den Bedingungen, die nach Verhandlungen einer Fabrikantenkommission mit den Vertretern der Streikenden festgesetzt und in der Sonntagsnummer des „Vorwärts" abgedruckt sind. Man könne zwar einwenden — meinte der Referent — daß verschiedene der aufgestellten Forderungen hierbei nicht berücksichtigt würden, dagegen seien aber die Hauptforderungen: Bezahlung des ohne Schuld der Former entstandenen Ausschusses und Stellung von Hilfsarbeitern zum Pfannentragen anerkannt. Betreffs der Lohnforderungen sei ebenfalls eine befriedigende Regelung in Aussicht gestellt. Diejenigen Punkte, welche in den vorliegenden Einigungsbedingungen nicht bewilligt worden sind, hätten nur untergeordnete Bedeutung, und empfehle es sich nicht, um deretwegen den Kampf fortzusetzen und es auf eine allgemeine Aussperrung ankommen zu lassen. Selbstredend hätten die Arbeiter darauf zu achten, daß Herr Kühnemann die gemachten Zugeständnisse auch durchführe; andernfalls würden sie die Arbeit niederlegen. Hartung und Kliks hielten die Bewilligungen für zu unbedeutend. Es werde durch dieselben an den bisherigen Zuständen nichts geändert, und, da die Ursache des Streiks fortbestehe, solle man auch den Kampf energisch weiterführen und die Arbeit nicht aufnehmen. Demgegenüber betonte Räther, daß man bei ruhiger Prüfung der Angelegenheit zu der Ansicht kommen müsse, daß hier von einer Niederlage der Streikenden gar keine Rede sein könne. Da es sich nicht um Erringung wichtiger prinzipieller Forderungen handle, und die hauptsächlichsten Bedingungen der Streikenden erfüllt würden, so sei es nicht rathsam, wegen der übrigen untergeordneten Punkte einen Kampf zu führen, dessen Opfer in gar keinem Verhältniß zu dem stehen, was dabei erreicht werden kann. Ein nicht gering anzuschlagender Erfolg sei es, daß gerade Herr Kühnemann den Arbeitern gegenüber nachgeben und deren Organisation anerkennen mußte, ganz gleichgiltig, wie viel oder wie wenig bei der Gelegenheit bewilligt sein mag. Man möge sich bei den gemachten Zugeständnissen beruhigen, es würde ohnehin in nächster Zeit wieder Konflikte in anderen Gießereien geben. Nachdem noch einige Redner zur Aufnahme der Arbeit gerathen, Hartung und Kliks aber ihren entgegengesetzten Standpunkt vertreten hatten, beschloß die Versammlung mit großer Mehrheit: Die Streikenden nehmen die Arbeit wieder auf unter der Voraussetzung, daß die Firma Röffemann u. Kühnemann die gemachten Zugeständnisse innerhalb einer Woche zur Durchführung bringt.

Ferner wurde mitgetheilt, daß bei Borsig den Formern Abzüge an den Akkordlöhnen gemacht worden seien und daß es aus diesem Anlaß vielleicht in den nächsten Tagen zu einem Ausstand der Borsig'schen Former kommen könne. Eine Regelung dieser Streitfrage zwischen den betheiligten Arbeitern und der Fabrikantenkommission soll zunächst versucht werden.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde fällt bis Ende August aus. Im Briefkasten werden juristische Fragen auch weiter beantwortet werden.

A. M. 39. Schutzleute sind königliche Beamte, die Stadt hat nur die Ehre, die Unterhaltungskosten der Polizei zu bestreiten.

H. M. 99. 1. Wenn gegen einen Zahlungsbefehl Widerspruch erhoben ist, so ladet der Gläubiger selbst (nicht das Gericht) zum Verhandlungstermin. 2. Nein. **J. R. Rummelsburg.** 1. Beide Arten Unterschrift sind zulässig. 2. Die Geburtsurkunde genügt. **A. H.** 1. Ja. 2.—4. Nein. Ein Anspruch auf Zurückerstattung nach dem Gesetz geleisteter Klebebeiträge besteht nur in 3 Fällen: 1) Mädchen, die eine Ehe eingehen, bevor sie in den Genuß einer Rente gelangt sind, können innerhalb drei Monaten nach Eheschluß die Hälfte der geleisteten Klebebeiträge zurückverlangen, 2) die Wittwe und, falls solche nicht vorhanden ist, die hinterlassenen ehelichen Kinder unter 15 Jahren haben in gleicher Höhe einen Erstattungsanspruch, falls der Ehemann beziehungsweise der Vater verstorben ist, ohne in den Genuß einer Rente gelangt zu sein; 3) verwaiste Kinder unter 15 Jahren haben einen Erstattungsanspruch in gleicher Höhe hinsichtlich der von ihrer Mutter geleisteten Beiträge, falls die Mutter nicht in den Genuß einer Rente gelangt und später als ihr Ehemann verstorben war. **G. G. 100.** Die Genehmigung des Ehemannes ist erforderlich. **D. 152.** Im allgemeinen 6 Monate lang. **R. Wilke 100.** Nein. **A. P. 6.** Da würde nichts zu machen sein. **E. M. Skalitzerstraße.** Ist nicht der Fall. — **E. K.** Die Ansicht, daß in Berlin die Dienstboten nach zehnjährigem Dienst Belohnungen seitens eines Vereins erhalten, ist eine irrthümliche. Der Sachverhalt ist vielmehr folgender: In Berlin muß jeder Dienstbote bei Lösung des polizeilichen Dienstscheins und bei jedem Dienstwechsel 50 Pf. zum Fonds der „Belohnungs- und Unterstützungsanstalt für das Gesinde in Berlin" zahlen. Diese Anstalt soll „Personen des Gesindestandes in Berlin, welche in redlicher Pflichterfüllung durch hohes Alter und zerrüttete Gesundheit oder infolge außerordentlicher Dienstleistungen oder unverschuldeter Unglücksfälle dienstunfähig geworden sind, für ihre übrigen Lebenstage die Aussicht auf eine ihren Verhältnissen angemessene sorgenfreie Existenz eröffnen". Zur Erreichung dieses Zweckes können nach dem Statut monatliche Unterstützungen in Höhe von höchstens zwölf Mark an dienstunfähig gewordene Dienstboten gezahlt werden, die entweder bei einem Alter von 50 Jahren die letzten 20, bei einem Alter von 55 wenigstens die letzten 15, bei einem Alter von 60 Jahren wenigstens die letzten 10 Jahre ununterbrochen in Berlin als Gesinde gedient haben oder durch „außerordentliche Dienstleistungen, als Rettung ihrer Herrschaft oder deren Kinder aus Feuers- und Wassersgefahr, Vertheidigung gegen gewaltsame Angriffe, aufmerksame und treue Pflege und Wartung in ansteckenden und langwierigen Krankheiten und dergleichen mehr, oder sonst auch nur während des Dienstes, jedoch nicht durch eigene leichtsinnige Handlungen . . . . . unheilbare innere Uebel oder äußere Beschädigungen sich zugezogen haben.". Der Belohnungs- und Unterstützungsfonds dient ferner dazu, Dienstboten in einem Dienstboten-Hospital Aufnahme zu gewähren. Das ist alles. Das Dienstmädchen, welches heirathet, hat aber nach dem Invaliditätsgesetz das Recht, spätestens innerhalb 3 Monaten nach Eheschluß den Antrag auf Rückerstattung der Hälfte der für sie geleisteten Klebemarken bei der Invaliditäts-Anstalt zu stellen. — **1000.** Nein. — **W. 1.** 1900. — **A. K.** 1. Ja. 2. Nein.

Witterungsübersicht vom 23. August 1897.

Stationen.	Barometerstand in mm. reducirt auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Skala 1—12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (5° C. = 4° R.)
Swinemünde .	755	WSW	3	halb bedeckt	15
Hamburg . .	755	SW	3	heiter	14
Berlin . . .	756	W	1	wolkig	16
Wiesbaden . .	758	SW	2	wolkig	14
München . .	759	NW	1	Regen	11
Wien	756	Still	—	wolkenlos	18
Haparanda . .	748	O	4	Regen	13
Petersburg . .	—	—	—	—	—
Cork	757	WSW	3	wolkig	14
Aberdeen. . .	752	WNW	2	halb bedeckt	12
Paris	759	SW	1	halb bedeckt	14

Wetter-Prognose für Dienstag, den 24. August 1897.

Zeitweise heiter, vorherrschend wolkig, mit etwas Regen, **mäßigen** südwestlichen Winden und wenig veränderter Temperatur.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 24. August:
Neues kgl. Operntheater (Kroll). Carmen. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Die Braut von Messina. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Die versunkene Glocke. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Der Veilchenfresser.
Lessing. Die Geisha.
Westen. Der Freischütz.
Neues. Der Stellvertreter. Anfang 7½ Uhr.
Unter den Linden. Herr Beaudeau. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Weh' dem, der lügt. Anfang 8 Uhr.
Zentral. Ein fideler Abend. Anfang 7½ Uhr.
Friedrich - Wilhelmstädtisches. Zwei Tage Millionär.
Ostend. Unsere Reichspost. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Faust.
Belle-Alliance. Spezialitäten. Anfang 4 Uhr.
Apollo. Venus auf Erden. Anfang 7½ Uhr.
Passage-Panoptikum. 30 Kinder der Wüste.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr: **Weh' dem, der lügt.**
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Bürgerlich und Romantisch.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Papa Ritsche.**

Luisen-Theater
34. Reichenbergerstraße 34.
Eröffnungs - Vorstellung
Mittwoch, den 1. September.
Zum 1. Male:
Geschwister Fiebig.
Modernes Volksstück in 3 Akten von Oscar Wagner und Hugo Haßkerl.
Musik von Fritz Krause.
Billetverkauf im Invalidendank, Unter den Linden 24 und im Theaterbureau.

Ostend-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. **C. Weiß**
Unsere Reichspost.
Anfang 8 Uhr.
Im Garten: Anfang 5½ Uhr: Auftreten sämmtlicher Spezialitäten.
Hugo Schulz.
Paula Grigatti, Henriette Ferry. Lebende Photographien.
Prof. Alfredi.
Sonnabend: Gr. Sommernachtsfest.

Central-Theater
Alte Jakobstr. 30.
Direktion Richard Schultz.
Dienstag, den 24. August 1897:
Letzte Woche:
Emil Thomas a. G.
Zum 97. Male:
Ein fideler Abend.
Burleske dramatische Revue in einem Vorspiel und 3 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Mannstädt. Musik von verschiedenen Meistern, arrangirt vom Kapellmeister Julius Einödshofer.
Anfang ½8 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage:
Ein fideler Abend.

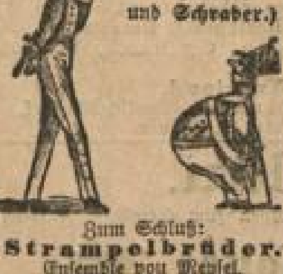
Urania
Taubenstrasse 48—49.
Naturkundl. Ausstellung tägl. geöffnet von 10 Uhr vormittags ab, Eintritt 50 Pf. — Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.

Castan's
Panopticum.
Friedrichstr. 165.
Bärenweib
die grösste Sehenswürdigkeit des ablaufenden Jahrhunderts ist wieder da!!!
Neu! Italienische Kapelle des Maestro Liberti, 5 Herren, 2 Damen.

Passage-Panopticum.

Blaue Grotte von Capri.
Eine Kriminalgeschichte.
Ein Jahrhundert der Mode.
Fahrt auf dem Golf v. Neapel (Riesen-Illusion) und 500 Sehenswürdigkeiten.

Puhlmann's Vaudeville-Theater
Schönhauser Allee 148.
Kastanien-Allee 97—99.
Täglich:
Im Reiche der Sirenen.
Große Ausstattungsburleske mit Gesang und Tanz in 3 Abtheil. Ludwig Glaser, Humorist. Robert Dill, Operett.-Sänger. Little Nannon, Miniat.-Soubr. Geschwister Ernesto, dopp. Seil. Barbarina's Ballet. Mrs. Truby, Luftpotpourri.
Kinematograph! (lebende Photogr.) neue Serien. Großer Ball.
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf. Reserv. 50 Pf.

Viktoria-Brauerei
Lützow-Strasse 111/112
nahe Potsdamer Platz.
(Garten resp. Saal)!
Täglich:
Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Kroner, Röhl, Schneider und Schrader.)

Zum Schluß:
Strampelbrüder.
Ensemble von Meysel.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Billets à 40 Pf. und Familien-Billets à 1 M. nur im Vorverkauf. (Siehe Plakate.)
Fahrräder können eingestellt werden.

Buchführung, auch stundenweise, besorgt zuverlässig
157b **Kölln,** Saarbrückerstr. 7.

Apollo-Theater
und Konzert-Garten.
Friedrichstr. 218. Dir. **J. Glück.**
Nur noch bis 31. August
Venus auf Erden.
Otto Reutter,
Else Arevalo, Mr. Rudinoff
und das erfolgreiche Programm.
Kassenöffnung 6½ Uhr.
Konzert 7 Uhr. Vorstellung 8 Uhr.
Mittwoch, den 1. September:
Eröffnung der Winter-Saison.
Vollständig neues außergewöhnliches großartiges Programm.
Beginn 7½ Uhr.

Gebr. Herrnfeld's
I. Original-
Budapester
Possen- u. Operetten-Theater
verbleibt nach wie vor
in
Kaufmann's Variété.
Erzielt zur Zeit die grössten Triumphe und **ausverkaufte Häuser** mit dem **Saison-Schlager**
„Himmel auf Erden."
Montag, 6. September in Kaufmann's Variété
Eröffnung der Winter-Saison mit der hochaktuellen Posse **„Im Wintergarten"** sowie mit dem an Situationswitz unübertroff. Lustspiel **„Im Atelier".**

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Täglich: Konzert.
Theatervorstellung.
Auftreten
Spezialitätenkünstl. I. Ranges
Neu! Neu!
Rosen aus dem Süden.
Original-Burleske mit Gesang von W. Gericke.
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag: im Saal: **Grosser Ball.**

Konzerthaus Sanssouci,
Kottbuserstr. 4a, Inh. **H. Pierry.**
Heute, Dienstag:
Neu! Singvögelchen. Neu!
Singspiel in 1 Akt von Jacobsohn. Musik von Hauptner.
Ferner: **Spezialitäten 1. Ranges.**
Entree 30 Pf.
Passe-partouts gelten.
Anfang: Konzert 6 Uhr, Vorst. 8 Uhr.

Schweizer Garten.
Am Königsthor. (Haltestelle der Pferdebahn.) **Am Friedrichshain.**
Neues Riesen-Programm!
Ein Sport-Fest in Wusterhausen.
Gr. Ausstattungs-Operetten-Burleske.
Sarrasani's urkomisch dressirte Thier-Familie.
Im Saale: **Grosser Ball.**
Volksbelustigungen aller Art.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.
Im September ist nur noch ein Sonnabend zu vergeben.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48.

Täglich:
Hoffmann's Quartett
und
Humoristen.
Anfang Wochentags 8 Uhr.
Entree: Saal und II. Rang 30 Pf., Sperrsitz 50 Pf., Logen u. I. Rang 1 M.

Vereinsbrauerei-Ausschank Rixdorf.
Dienstag, den 24. August:
Großes Gala-Kinderfest.
Entree 15 Pf., Kinder 10 Pf., Loos, Stocklaterne gratis.
23672* **H. Berndt,** Oekonom.

Feuerstein's Festsäle
Alte Jakobstrasse 75
Grosse und kleine Säle zu Versammlungen unentgeltlich, sowie zu Sommer- u. Winterfestlichkeiten b. koulanten Bedingungen. **Reichhaltige Abendkarte zu solid. Preisen. Pilsener und Bötzow-Bier.** *

Möbel
verliehen gewesene und neue, staunend **billig, Theilzahlung gestattet.**
Beamten ohne Anzahlung. 17919*
Neue Königstr. 59.

Gesellschaft „Strzelewicz."
Durch Umstände Sonntag, den 29. August (Kaffeefeier) **frei!** [1705
B. Strzelewicz, Blumenstr. 69.

Dirigent. 1589
Suche für Montag oder Dienstag noch Gesangverein. **Franz Apel,** Gesanglehrer, Frankfurterstr. 110.

Achtung, Tischler!
Zur Gründung einer Genossenschaft werden einige tüchtige Möbeltischler, Bildhauer und Drechsler mit etwas Kapital gewünscht. Off. **Q 2** bitte bis Sonnabend in dieser Zeitungsexpedition abzugeben. 1606

Dr. Simmel Moritzplatz, I. Haus v. Aschinger
Spezialarzt f. Haut- u. Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Echt Patzenhofer, hell und dunkel
0,4 Ltr. 10 Pf.
Weissbier und Schnaps
empfiehlt **Fr. Reining,**
3455b] **Grünstraße 14/15.**

Künstliche Zähne.
F. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr.
*] Theilzahlung pr. Woche 1 M. *

Homöopath. Poliklinik.
Brunnenstr. 14. — Sprechst. 2½—4½.
Hals-, Brust-, Magen-, Frauen-, Haut-, Geschlechts-, Nasen- u. Ohrenkh. *

6 Pfund Brot für 50 Pfg.
liefert 16450*
Albrecht's Bäckerei,
Wrangelstr. 8. Langestr. 26.
Falckensteinstr. 28. Lausitzerstr. 2.

Wo kaufen Sie Ihre **Cigarren?** Am besten bei *
Binnebösé, Schillingstr. 36.

Ostbahn-Park
Am Küstriner Platz **Bermann Imbs.** Am Küstriner Platz
Täglich:
Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Neu! Der Stumme und sein Affe.
Ausstattungs-Ensemble.
Neue Attraktions-Nummern.
Entree Sonntags **20** Pf., Kinder 10 Pf. Wochentags 10 Pf., Kinder 10 Pf.
Kaffeeküche. Volksbelustigungen.
Mittwoch: Kinder-Fest.

Brauerei-Ausschank der Brauerei Stralau
Oeconomie: **Birkholz & Mittag.**
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Garten-Konzert der 20 Mann starken Hauskapelle.
Im Saale: **Grosser Ball** bei gänzlich freiem Entree.
Sport- und Ruderboote in gr. Auswahl stehen zur Verfügung.
Kaffeeküche v. 2—7 Uhr. Volksbelustigungen jeder Art.
2 verdeckte Kegelbahnen. Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen. Birkholz & Mittag.

Nervenleidende.
Mittwoch, den 25., Badstraße 19, u. Freitag, den 27. August, Admiralstr. 18c, abends 8½ Uhr:
2 öffentl. anatom. Lichtbilder-Vorträge
von pr. Naturheilk. **Grundmann.**
Gäste, Männer, Frauen willkommen. 23752*
Eintritt 15 Pf.
Verein für Körper- und Naturheilkunde, Alexanderstr. 8.

Rauche Askari!
Anerkannt feinste Cigarette der Gegenwart.
à 3, 4 u. 5 Pf. i. d. Cigarr.-Gesch. käuflich. [*

Rohtabak
Größte Auswahl! Billigste Preise! Guter Brand! Vorzügliche Qualität!
Sämmtliche
Fabrikations-Utensilien.
(Neue Formen, sehr gr. Ausw. à 1,40 M.) Man verlange Preis-Verzeichniß. 16492*]
Heinrich Franck,
Nr. 185. Brunnenstr. Nr. 185.

Lanolinseife!
macht die Haut zart u. geschmeidig. 1 Stück Lanolinseife und ein reines Handtuch liefere ich f. 10 Pf. p. Woche. Handtuch-Verleih-Inst. **L. Figner,**
* **Neue Königstr. 17.**
Fernsprech-Amt VII. Nr. 2087.

Sophastoffe
auch **Reste**
in **Rips, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig!** 16352*
Proben franko!
Läuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. Nr. 158.

Möbel
in jedem Stil und jeder Holzart, äußerst billig, auch auf Theilzahlung. Gr. Lager gebrauchter und verliehen gewesener Möbel. [2287L
Schützenstr. 2.

Schleifertuch, Schleiferriemen, Putzlappen — **nur von Militär-Sachen herrührend**
billig zu haben **Ackerstr. 22,** Hof, bei **Hopp.** 2374L*

Möbel auf **Theilzahlung.** *
J. Kellermann, Neue Jakobstr. 26.

Drückerhandwerkszeug bill. zu verk. Neanderstr. 10, H. IV. Frau Neuendorff.

Suche möbl. Zimmer, Nähe Bergmannstr., bis 13 M. P. N., Postamt 29.

Selterwasser-Fabrik,
gut gehend, 2 Gespanne, billige Miethe, verkauft **P. Hartmann,** Tresckowstraße 37, parterre.

Oppelnerstr. 20
freundliche Hofwohnungen, part. und 1 Tr., 76 und 78 Thlr. 1595

Mühlenstraße Nr. 8
nahe Oberbaum u. Warschauerstraße, sind billige freundliche Hofwohnungen vom 1. Oktober zu vermiethen. Näheres beim Verwalter. 20259*

Kleine Wohnungen, freundl. u. bequem, **Fürstenstr. 9,** nahe Moritzplatz, sehr preisw. z. 1./10. z. vm. [3494b

Zu vermiethen per sofort oder später Brunnenstraße 165 große helle Räume, passend für Konfektion und andere leichte Gewerbebetriebe. 625

Ausl. **Mädchen kann einwohnen** Neanderstr. 10, H. IV, **Neuendorff.** [1675

Arbeitsmarkt.

Achtung, Holzarbeiter!
Zuzug fernhalten von Drechslern und Tischlern von
Engel, Demminerstr. 5.
292/15 Die Ortsverwaltung.

Oeffentliche Versammlungen

der

sozialdemokratischen Parteigenossen und Genossinnen Berlins

am Donnerstag, den 26. August cr., abends 8½ Uhr,

in folgenden Lokalen:

1. Kreis: „Arminhallen", Kommandantenstraße 20.
2. Kreis: Habel's Brauerei, Bergmannstraße 5/7.
3. Kreis: Möhring's Salon, Admiralstraße 18c.
4. Kreis: „Andreassäle", Andreasstr. 21, früher Joel.
5. Kreis: „Schützenhaus", Linienstraße 5.
6. Kreis: „Kolberger Salon", Kolbergerstraße 23.

Tages-Ordnung:

1. Die Bedeutung der Brandenburger Konferenz für die Landagitation. 2. Diskussion. Wahl von Delegirten.

Zu recht zahlreichem Besuch laden ein

213/14*

Die Vertrauenspersonen.

Moabit! Moabit!

VI. Wahlkreis.

„Kronen-Brauerei", Alt-Moabit Nr. 47/49.

Sonnabend, den 28. August 1897:

Lassalle-Feier

veranstaltet

von den sozialdemokratischen Parteigenossen Moabits

bestehend in

Konzert, Theater, Turnerischen Aufführungen,

Gesangs-Vorträgen

des Gesangsvereins „Vereinte Sangesbrüder Moabits".

Im Saale: **Tanz.**

Herren, die daran theilnehmen, zahlen 50 Pfennige nach.

Die Kaffeeküche steht den Damen von 3 Uhr an zur Verfügung.

Anfang des Konzerts 4 Uhr nachmittags.

Billets 20 Pf.

Zu recht zahlreichen Besuch ladet ein

220/13 **Das Komitee.**

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

(Verwaltungsstelle Berlin).

Mittwoch, den 25. August 1897, abends 8½ Uhr, in der Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47—49:

Branchen-Versammlung

für Nordwesten und Moabit.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Hoffmann** über: „Glaube und Vernunft". 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes.

Mittwoch, den 25. August, abends 8½ Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße Nr. 20:

Bezirks-Versammlung

für den Süden und Zentrum.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen **Dr. Alfred Bernstein** über: Berufskrankheiten in der Metall-Industrie. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes.

Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Wir machen sämmtliche Kollegen darauf aufmerksam, daß in Zukunft Handzettel nicht mehr verbreitet werden. Die Bekanntgabe der Versammlungen geschieht durch die „Metallarbeiter-Zeitung" und den „Vorwärts".

Den Mitgliedern des bisherigen Berliner Verbandes, welche ihre Umschreibung in den „Deutschen Metallarbeiter-Verband" noch nicht vollzogen, machen wir bekannt, daß dieses bis 1. September geschehen muß, anderenfalls verlieren diese ihre Rechte.

160/7 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Köpenick. Achtung!

Donnerstag, den 26. August, abends 8 Uhr, im Saale des Herrn Golecki (Kaiserhof):

Große öffentl. Volks-Versammlung

für Männer und Frauen.

Tagesordnung: 1. **Betheiligen wir uns an der im Herbst stattfindenden Ergänzungswahl zu dem Stadtverordneten-Kollegium?** Referent: **Theodor Metzner.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Zur Deckung der Unkosten 10 Pf Entree.

205/9 **Der Vertrauensmann.**

Zur Aufklärung.

In Nr. 177 des „Vorwärts" vom 1. August 1897 wird mir von der Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker Berlins und Umgegend der Vorwurf gemacht, daß ich mit den Musikern Streitigkeiten gehabt und es abgelehnt habe, der Einladung zu einer eine Einigung bezweckenden Sitzung folge zu leisten.

Da dieser Vorwurf geeignet ist, mich in meinem Berufe zu schädigen, sehe ich mich zur Richtigstellung und Klarlegung des Sachverhalts veranlaßt:

Am 1. Pfingstfeiertag veranstaltete bei mir ein Verein ein Tanzvergnügen, welches bis 5 Uhr früh dauern sollte. Freitags zuvor erklärte mir der Dirigent der zu diesem Vergnügen engagirten Kapelle, daß diese um 3 Uhr morgens aufhören müßte, um des Morgens um 4 Uhr ein Frühkonzert zu geben.

Als ich unter diesen Umständen auf die Kapelle überhaupt verzichten wollte, erklärte mir der Dirigent, eine ebenso organisirte Kapelle zu stellen und diejenigen zu entlassen, welche nicht bis 5 Uhr früh spielen könnten. Dies geschah auch so.

Ich erklärte mich um so eher mit diesem Vorschlag einverstanden, weil ich das Vergnügen meines Vereins in meinem Lokale nicht stören wollte.

Aus dieser kurzen Darstellung kann ein Jeder ersehen, daß ich mit den Musikern überhaupt keine Streitigkeiten hatte und falls solche vorgekommen sein sollten, dies nicht meine Schuld, der ich das Interesse meines Vereins im Auge behalten mußte, sondern vielleicht Schuld des Dirigenten oder seiner Musiker war. Ich stand nur mit dem Dirigenten, nicht aber mit den einzelnen Musikern in einem Rechtsverhältniß.

Aus diesem Grunde habe ich auch die an mich ergangene Einladung der Musiker ablehnen zu müssen geglaubt.

Bernhard Nieft,

Weberstraße 17.

B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: Porträts sozialistischer Führer, Lassalle, Marx 2c. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Brochen, Knöpfen, Büsten, Bildern u. dgl., sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man verl. Preiskurant.)

Achtung! Putzer.

Den Mitgliedern des **Zentral-Verbandes deutscher Maurer** (Filiale Berlin I, Putzer) sowie den Mitgliedern des

Gesangv. Gemüthlichkeit

zur Nachricht, daß das Mitglied

Gustav Müller

aus Friedrichsberg am Sonntag, den 22. August gestorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 25. August, nachmitt. 4 Uhr, vom Krankenhause am Friedrichshain nach dem Lichtenberger Kirchhof statt. [135/3

Um zahlreiche Betheiligung bittet

Die örtliche Verwaltung.

Am 21. d. M. entschlief nach langem Leiden mein lieber Mann, der Schneider

Alois Priller.

Die Beerdigung findet am 24. d. M., nachmittags um 5 Uhr, in Nieder-Schönhausen statt. 1565

Die trauernde Wittwe

Maria Priller, geb. Schulz.

Danksagung.

Allen Verwandten und Bekannten, sowie sämmtlichen Vereinen, welche am Begräbniß meines lieben Mannes theilgenommen haben, spreche ich hiermit meinen herzlichsten Dank aus. [1665

Wittwe Neuendorff geb. Hercht.

Kranzbinderei u. Blumenhandlung von 16439*

Robert Meyer,

No. 2. Mariannenstr. No. 2.

Widmungs-Kränze, Guirlanden, Ballsträußchen, Bouquets 2c. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert.

Blumenhandlung P. Abromeit, Berlin SW., Blücherstr. 14.

Kränze, Bouquets, Topfgewächse, Guirlanden etc. **Billigste (Markthallen-) Preise bei geschmackvoller Ausführung.**

Johannisbeerwein

1/10 Liter Weinglas 10 Pf.

Eugen Neumann & Co.,

Obst- und Beerenweinkelterei.

Damit ein geehrtes Publikum sich von der Güte und Vorzüglichkeit unserer Fruchtweine überzeugen kann, haben wir einen Ausschank errichtet und zwar

Kommandantenstr. 67.

Zahn-Atelier.

Künstl. Zähne in tadelloser Ausführung v. 3 M., Plomben v. 2 M. an. Schmerzlos. Zahnziehen mitt. Cocain, Cloréthyl, Chloroform und Lachgas unter Leitung eines prakt. Arztes. Bei Bestellung v. künstl. Zähnen Zahnziehen, Zahnreinigen umsonst; Ratenzahlung gestattet, Woche 1 M. *

Guckel, Lausitzer Platz 2, Elsasserstraße 12, Steglitzerstraße 71.

Zahlreiche lobende Anerkennungen.

8 Tage zur Probe

senden wir dem Einsender dieser Annonce ein feines Taschenmesser Nr. 405 (sogenannter Nicker; schließt sich nur durch Druck auf die kleine Klinge) mit 2 aus prima Stahl geschmiedeten Klingen und Korkzieher, echter Hirschhornheft mit doppelten Neusilber-Beschlägen **unter Garantie** zum Preise von nur **Mk. 1.35.** Zahlung oder Retoursendung innerhalb 8 Tagen, **also kein Risiko.**

Gebrüder Rauh, Stahlwaarenfabrik,

Gräfrath bei Solingen.

Umsonst und portofrei versenden wir an jedermann unseren neuesten **Prachtkatalog** mit über 550 Abbildungen von Messern und Gabeln, Taschenmessern, Rasirmessern, Brot- und Schlachtmessern, Gemüsemessern, Scheeren, Waffen, Haushaltungsgegenständen, sowie von sonstigen vielen Neuheiten. Briefmarken nehmen in Zahlung.

Name und Stand (deutlich): Wohnort und Poststation:

. . . . . .

Mehr wie 1 Stück wird nur gegen Nachnahme oder vorherige Kassa versandt.

Achtung! VI. Wahlkreis. Achtung!

Puhlmann's Vaudeville-Theater, Schönhauser-Allee No. 148.

Sonnabend, den 28. August:

Lassalle-Feier

veranstaltet

von den Parteigenossen der Schönhauser Vorstadt.

Grosses Konzert. — Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Im Saale: **Tanzkränzchen.** Von 3 Uhr ab: **Familien-Kaffeekochen.**

Anfang 4½ Uhr. Programm gratis.

Billets à 25 Pf. sind in allen mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.

Das Komitee.

Freie Volksbühne.

Eröffnung der Winter-Saison Sonntag, den 12. Septbr.

nachmittags 3 Uhr:

Erste Vorstellung der I. Abtheilung

im **„Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater"**

Chausseestr. 25/26.

Zur Aufführung gelangt:

Novität! **„Illusionen"** Novität!

Ein **Hamburgisches Drama** von **Carl Mönckeberg.**

Die Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, dass die Beiträge für den Monat August bis zum 28. d. Mts. an die Zahlstellen **abgeführt** sein müssen. Diejenigen Mitglieder, die bis zu **diesem Tage ihre Beiträge nicht entrichtet haben, müssen eventuell einer anderen Abtheilung als ihrer bisherigen überwiesen werden.**

Neue Mitglieder haben das Eintrittsgeld **60 Pf.** und den September-Beitrag (mindestens **60 Pf.**) bei den Zahlstellen zu hinterlegen gegen Quittung und erhalten die Mitgliedskarten nach der Aufnahme eingehändigt.

Diejenigen Personen, welche dem Verein beizutreten beabsichtigen, werden gebeten, sich **sofort** in **den nachstehenden Zahlstellen zu melden,** falls sie in den ersten Abtheilungen Aufnahme finden wollen.

N. Ernst Beyer, Cigarren-Handlung, Veteranenstr. 13. H. Mehnert, Cig.-Handl., Diedenhofenerstr. 3. M. Winkelmann, Cig.-Handl., Ackerstr. 154. A. Hintze, Cig.-Handl., Pankstr. 13. H. Vogel, Cig.-Handl., Demminerstr. 32. C. Becker, Cig.-Handl., Lindowerstr. 25 (Müllerstrasse). E. Dieke, Restaurant, Ackerstr. 123. A. Tietz, Cig.-Handl., Invalidenstr. 124 (Stettiner Bahnhof).

NO. Franz Niemeyer, Cig.-Handl., Weberstr. 19. J. Reul, Cig.-Handl., Barnimstr. 42.

O. F. Wilke, Restaurant, Andreasstr. 26. Max Kothe, Cig.-Handl., Koppenstr. 90. E. Böhl, Restaurant, Frankfurter Alleo 74. A. Hoffmann, Buchhandlung, Blumenstrasse 14.

SO. Paul Nicolas, Cig.-Handl., Skalitzerstr. 107. G. Böhlert, Cig.-Handl., Mariannenstr. 5. L. Tolksdorf, Restaurant, Görlitzerstr. 58. Karl Scholz, Glaserei, Wrangelstr. 27.

S. J. Gaedicke, Cig.-Handl., Gräfestr. 93. Gottfried Schulz, Cig.-Handl., Admiralstr. 40a. W. Börner, Cig.-Handl., Ritterstr. 15. H. Baake, Buchhandlung, City-Passage, Dresdenerstr. 52/53. H. Schurig, Restaurant, Dresdenerstr. 128/129.

SW. G. Kassler, Cig.-Handl., Junkerstr. 1. A. Ochs, Cig.-Handl., Lindenstr. 59. A. Böttger, Cig.-Handl., Zossenerstrasse 21.

W. Werner, Restaurant, Bülowstr. 59. A. Faller, Restaurant, Pallasstr. 16.

NW. Fr. Reddemann, Seifen-Geschäft, Pritzwalkerstrasse 3.

C. Alb. Löwenberg, Cig.-Handl., Neue Schönhauserstrasse 18. P. Horsch, Cig.-Handl., Gipsstr. 27. B. Scheithauer, Musikalienhandlung, Rosenthalerstr. 64.

Rixdorf. Ph. Thomas, Restaurant, Bergstr. 162.

Charlottenburg. A. Sellin, Cig.-Handl., Wilmersdorferstrasse 115/116.

Der Vorstand.

I. A.: Gustav Winkler, Berlin-Rixdorf, Kirchhofstr. 46, 2 Tr. r.

231/12

Stralau.

Empfehle meinen werthen Parteigenossen zum Stralauer Fischzug angelegentlichst mein 23668*

Bier-Lokal

zur gefl. Benutzung. **Emil Girbig,** Stralau, Dorfstr. 17.

Hygienische Neuheit. [161b

Telephon-Mundschützer

von **Bolz & Co.,** Berlin S. 59, Amt IV. 2398.

per Dutzend Mk. 6,—. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Arbeitsmarkt.

Zuzug von Formern, Kernmachern u. Maschinenformern

nach der Firma **Rössemann & Kühnemann** ist streng fernzuhalten.

Die Former und Kernmacher

der Firma **Borsig** haben Montag, den 23. d. M., wegen Lohndifferenzen die Arbeit eingestellt. **Zuzug nach betreffender Firma ist streng fernzuhalten!**

L. Müller, Gerichtsstr. 31, Vertrauensmann. [168/4

Achtung! Achtung! Vergolder.

Zuzug streng fernzuhalten für Vergolderinnen bei der Firma Ad. Werkmeister, Schmidtstraße 8a. Die Kommission.

Stellmacher!

Die Treppengeländer-Werkstelle von **H. Engel** ist bis auf weiteres gesperrt. **Die Agitationskommission.**

Versilberer u. Farbigmacher verl. **C. Barthels,** Goldleistenfabrik, Gr. Frankfurterstr. 84. [1715

Mamsells auf Jaketts verl. Binde, Wrangelstr. 11, 2 Tr. 1735

Korbmacher auf Munitionskörbe verlangt **P. Bunzel,** Brandenburgstr. 17a. 1690

Schlosser

oder

Mechaniker,

der mit der Fabrikation von **Ringschiffchen** genau vertraut ist, für dauernde Arbeit gesucht. Anerbieten unter R 2 in der Exped. [2373L*

Mamsells auf wattirte Röcke, 2,75 bis 3 M. verlangt

935b] Teske, Breslauerstr. 30 II.

Plättdirectrice

zum Anlernen von Kragenplätterinnen unter besten Bedingungen von großer auswärtiger Wäschefabrik gesucht. Alte geübte Plätterin bevorzugt. Offerte sub **S. J. 1314** an **Rudolf Mosse, Berlin SW.**

Näherinnen 1645

auf Mäntel außerm Hause verlangt **Schulz,** Alte Jakobstr. 10, v. 3 Tr.

Schlosser auf Gitter sucht **Krause,** Jagowstraße. 1629

Kartonarbeiterinnen, geübte, verlangt **M. Wolff,** Neue Friedrichstr. 48.

Schürzennäherin verl. **Schwenke,** Christburgerstr. 43. 1655

Farbigmacher, der versilbern kann, verlangt Marktenstr. 14. 1555

Blocksägenschneider

verlangt Michaelkirchstr. 22.

Strebsamer junger Mann

zur selbständigen Leitung ein. Zigarren-Detail-Filiale bekannter Fabrik gesucht. Off. m. Lebenslauf u. Referenzen unter **E. 820** Püttner's Annoncen-Bureau, Rosenthalerstr. 42. 65/8

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.